INFORMATIONEN FÜR ALLE MITGLIEDER DER TU BERLIN

AStA info 34

ALLGEMEINER STUDIERENDENAUSSCHUSS
TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN

NUMMER 34
APRIL 2018

Kampf um neuen stud. Tarifvertrag
Wer macht Klausur-Vorkorrekturen?
#Mietenwahnsinn
neuer Hochschulvertrag
Anfragen für Dumme
Umbennung der Uni-Bibliothek
PW: Leben im Gefängniss
Was ist los in Katalonien?

Was ist der AStA?

DER ALLGEMEINE STUDIERENDENAUSSCHUSS, KURZ ASTA, VERTRITT DIE STUDENTISCHEN INTERESSEN AN DER UNIVERSITÄT.

Der AStA unterstützt Studierenden dabei, sich zusammenzutun und ihre Rechte gegenüber der Hochschule, Ämtern und anderen Stellen durchzusetzen - durch eine Vielzahl an Beratungen, Informationsangeboten und Infrastruktur. Außerdem führt AStA führt die Geschäfte der verfassten Studierendenschaft, die ihn über das Studierendenparlament (StuPa) wählt. Die verfasste Studierendenschaft ist im Berliner Hochschulgesetz verankert. Sie wird von den Student*innen selbst finanziert: über den Studierendenschaftsbeitrag von 9,10 Euro pro Semester. Dadurch kann der AStA sich viel unabhängiger für Studi-Interessen einsetzen als zum Beispiel Uni-finanzierte Studienberatungen oder parteinahe Studierendenorganisationen.

Intern ist der AStA TU Berlin in Kollektive strukturiert, in denen Angestellte, Gewählte und andere Aktive auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Einen Großteil davon machen die themenbezogenen Referate aus. Diese bestehen in der Regel aus durch das StuPa benannten Referent*innen und anderen Freiwilligen. Daneben gibt es noch die Service-Kollektive des AStA wie Beratungen, Technikpool und Verwaltung.

Wenn du mehr wissen willst, schau dich doch etwas in diesem AStA-Info um, komm in den AStA-Räumen im TK-Gebäude oder auf astatu.berlin!

INHALT

Studentischer Tarifvertrag

3 Resolution: Solidarität mit den stud. Beschäftigten!
4 Interview: Zu den Streiks und der TV Stud Initiative
6 Wer korrigiert unsere Klausuren?

Aktuelles

8 LAK: Die Wohnsituation ist unhaltbar
10 Hochschulverträge oder die unsichtbare Hand des Marktes
11 LAK und stuWerk lehnen Sozialbeitragserhöhung ab
12 Anfragen für Dumme

Uni & Gesellschaft

16 Uni-Bib: Erkaufte Lorbeeren
17 Keine Deals mit Erdogan!
18 Projektwerkstatt: Leben im Knast
20 Was ist los in Katalonien?
22 Sommerfest und weitere Termine
23 Nachruf auf Peter Schewe

Solidarität mit den studentischen Beschäftigten für gute Bedingungen und eine gute Qualität in der Lehre

AM 23.JANUAR FAND EINE VOLLVERSAMMLUNG DER STUDIERENDEN STATT. SIE HAT FOLGENDE RESOLUTION BESCHLOSSEN:

Wir, die Studierenden der Technischen Universität Berlin, solidarisieren uns mit den studentischen Beschäftigten. Schon viel zu lang hat die Qualität der Lehre unter einem nicht angemessenen Lohn und schlechten Arbeitsbedingungen gelitten!

Leistungsbasierte Mittelvergabe und Quantifizierung von Studienplätzen, ohne diese mit ausreichend Mitteln zu hinterlegen, sind Alltag an der Uni. Die Leidtragenden dieser Erhöhung der Arbeitsbelastung sind nicht nur die Angestellten, sondern ebenfalls wir Studierenden. Mangelnde Betreuung und sinkende Qualität sind die Folge. Diejenigen, die es uns ermöglichen, das Studium zu schaffen, sind unsere Freund*innen, die an dieser Universität arbeiten. In den meisten Fällen sind es die studentischen Beschäftigten, die uns die Note retten oder erst dafür sorgen, dass wir die Vorlesung verstanden haben.

Wir fordern eine faire Behandlung der studentischen Beschäftigten aus den folgenden Gründen:

1 **An der Unterbezahlung leidet die Lehre unmittelbar, indem die einzelnen Fachgebiete Schwierigkeiten haben, Beschäftigte zu finden, die bereit sind, für 10,98 Euro pro Stunde zu arbeiten.**

2 **Studentische Beschäftigte sind ein zentraler Bestandteil der Universitätsstruktur und diese Verantwortung verdient eine angemessene Bezahlung. Ohne sie würde die Struktur der Universität zusammenbrechen, da nicht nur Tutorien ausfallen, sondern auch Verwaltungsarbeit liegen bleibt oder Anlaufstellen geschlossen bleiben.**

3 **Studentische Beschäftigte sind gerade für Studienanfänger eine große Hilfe. Jungen Studierenden fällt es oft leichter, sich anderen Studierenden anzuvertrauen. Auch im Studienalltag sind studentische Hilfskräfte als Ansprechpartner*innen verfügbar, sei es in der Studienberatung oder während eines Tutoriums. Dadurch ergibt sich jedoch auch eine höhere Arbeitsbelastung für die studentischen Beschäftigten innerhalb wie auch außerhalb der regulären Arbeitszeiten.**

4 **Das Leben in Berlin ist mit den Jahren immer teurer geworden. Wir alle kennen die Probleme mit hohen Mieten und hohen Lebenserhaltungskosten. Eine faire Bezahlung ist wichtig, damit Geldsorgen den Studienalltag nicht dauerhaft belasten.**

Deshalb solidarisieren wir uns mit unseren Freund*innen in ihrem Kampf für höhere Löhne und generell für bessere Arbeitsbedingungen an den Hochschulen. Wir schließen uns den Forderungen der TV Stud Kampagne an und fordern einen neuen gemeinsamen Tarifvertrag an allen Berliner Hochschulen.

Wir kommen an die Universität, um zu lernen, dieses Lernen braucht Zeit, Geduld und Betreuung. Deswegen wollen wir mehr studentische Beschäftigte über alle Fächer hinweg, damit uns geholfen werden kann und wir in Zukunft helfen können.

„Die Arbeitgeber haben wenige unserer Forderungen überhaupt ernst genommen.“

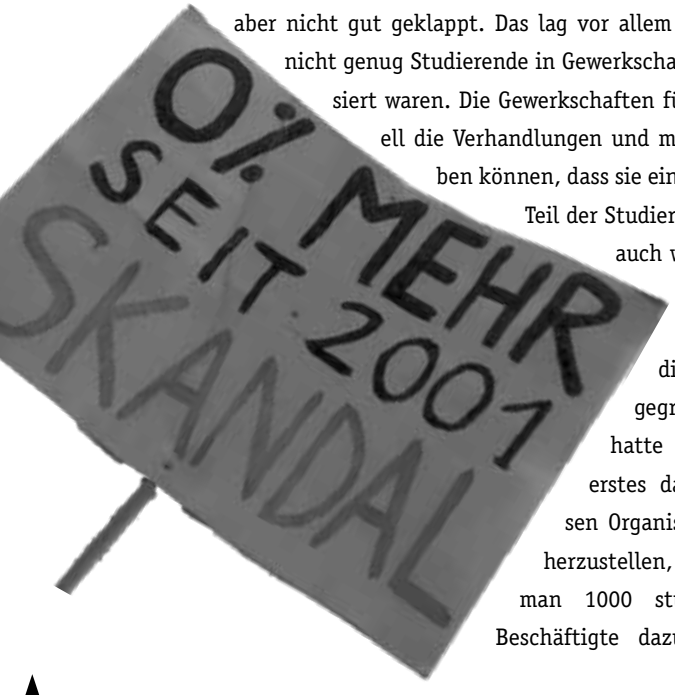
SEIT 2015 ORGANISIERT SICH DIE „TV-STUD INITIATIVE“, IM JANUAR KAM ES ZU ERSTEN STREIKS DER STUDENTISCHEN BESCHÄFTIGTEN. WIR HABEN MIT IHNEN GESPROCHEN.

Die TV Stud Initiative kämpft momentan in Berlin für einen neuen Tarifvertrag der studentischen Beschäftigten. Was sind eure Forderungen?

Wir haben 14 Forderungen aufgestellt. Am wichtigsten ist uns dabei der Ausgleich des Reallohnverlustes. Wir verdienen 25 Prozent weniger seit 2001. Deshalb 14 Euro pro Stunde statt bisher knapp 11 Euro! Außerdem fordern wir eine Dynamisierung des Lohns, das heißt, dass sich der Lohn der studentisch Beschäftigten an die Inflation oder die Entwicklung vom TVL (Tarifvertrag des Landes Berlin Anm. der Red.) anpasst, damit wir nicht wieder abgehängt werden.

Wie habt ihr euch organisiert?

E s gab mal einen Anlauf Verhandlungen aufzunehmen, das hat aber nicht gut geklappt. Das lag vor allem daran, dass nicht genug Studierende in Gewerkschaften organisiert waren. Die Gewerkschaften führen offiziell die Verhandlungen und müssen angeben können, dass sie einen gewissen Teil der Studierendenschaft auch wirklich vertreten. Die Initiative, die sich 2015 gegründet hat, hatte deshalb als erstes das Ziel diesen Organisationsgrad herzustellen, indem man 1000 studentisch Beschäftigte dazu bringt in die Gewerkschaften, ver.di oder GEW einzutreten. Das ist uns auch gelungen. Dann haben wir angefangen, über Kundgebungen eine Massenmobilsierung aufzubauen. Damit, wenn man in die Verhandlungen geht, auch Druck erzeugt werden kann.



Was sind das für Verhandlungen?

Diese Verhandlungen wurden letztes Jahr, 2017, aufgenommen. Auf Seiten der Arbeitgeber ist das der Kommunale Arbeitgeberverband(KAV), obwohl der eigentlich wenig mit den Hochschulen zu tun hat, aber die haben den Vorsitz und vertreten die Präsidenten der Hochschulen. Von der Studi-Seite aus führen die Gewerkschaften den Vorsitz. Aber es gibt auch eine studentische Tarifkommission. Sie hat 12 gewählte Mitglieder aus allen Hochschulen. Die Verhandlungen sind sehr schwierig, weil die Angebote der Hochschulen immer so kurzfristig kommen, dass die Mitglieder der Tarifkommission sich nicht darauf vorbereiten können. Für mich ist das zumindest eine fragliche Verhandlungsposition. Viel bewegt wurde sich da nicht.

Wie haben die Hochschulen auf eure Forderungen reagiert?

Die Arbeitgeber haben wenige unserer Forderungen überhaupt ernst genommen. Ihre Angebote beliefen sich auf etwa 44 Cent

mehr pro Stunde, obwohl wir 25 Prozent Reallohnverlust seit 2001 haben. Diese 44 Cent waren gerade mal 4% Ausgleich. Auch die Folgeangebote waren nicht deutlich besser. So sind die Verhandlungen stagniert. Deshalb haben wir mit verschiedensten Aktionen versucht, Verhandlungsdruck aufzubauen und auch die verschiedenen Hochschulen direkt anzusprechen. Auch das hat nichts geholfen.

Wie kam es dann zum Streik?

Wir haben den Tarifvertrag zum Januar 2018 gekündigt. Wir wollen einen neuen Tarifvertrag und nicht den alten, kaum verbesserten verlängern. Mit der Kündigung endete auch die Friedenspflicht und der Weg für Streiks war frei. In der ersten Streikwelle haben wir 1500 Leute auf den Bebelplatz gebracht.

Was können Studis, die nicht an der Uni beschäftigt sind tun, um euren Arbeitskampf zu unterstützen?

Zum einen ist es uns wichtig, dass alle Studis wissen, dass die studentisch Beschäftigten nicht die Studis treffen wollen, sondern über die Studenten den Druck auf die Arbeitgeber aufbauen wollen. Und tatsächlich hilft es der TV Stud Initiative da sehr, wenn man sich beschwert. Zum Beispiel beim Präsidialamt der Uni. Wenn Veranstaltungen ausfallen, trägt die Uni die Verantwortung. Wenn man denen dann eine Email schreibt, meine Veranstaltung ist ausgefallen, tut etwas dagegen! Dann geraten die Hochschulen immer mehr unter Druck. Ansonsten kann man natürlich auch genauso zu Kundgebungen und Aktionen kommen. Wenn die Tutorien nicht stattfinden, kann man zum Beispiel seine*n Tutor*in zum Streik hin begleiten. Da unsere Arbeitsbedingungen direkt die Lernbedingungen aller Studis sind, sind sie natürlich auch davon betroffen. Außerdem wollen ja viele Studis selbst mal z.B. als Tutor*innen arbeiten. Wenn sie sich jetzt mit engagieren, können sie auch mal von einem deutlich besseren Gehalt profitieren.

Was unterscheidet die Situation an der TU von den anderen Berliner Unis?

Im Tarifvertrag der TU war eine Klausel festgelegt, die denjenigen Tutoren mehr zahlen konnte, die in Fachgebieten arbeiten, die bei der Industrie sehr beliebt sind. Zum Beispiel in der Informatik. Diese Klausel hat es der TU ermöglicht uns allen eine Zulage zu bezahlen seit Januar 2018, also 12,50. Die TU kann aber jederzeit sagen, dass sie das wieder zurückzieht. Wir wollen auch nicht unter den Hochschulen eine Konkurrenz schaffen. Es ist das große Ziel einen berlinweiten, gemeinsamen Tarifvertrag zu unterschreiben.

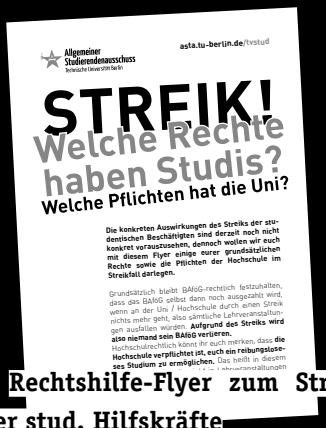
Hat sich durch die vielen gemeinsamen Aktionen bei den Studis untereinander etwas verändert?

Ich glaube schon, dass es dazu geführt hat, dass die studentisch Beschäftigten wieder mehr miteinander tun. Wir haben jetzt auch mit über 1000 Leuten eine Demonstration gehabt, das war die größte seit Jahren. Also da haben wir auf jeden Fall etwas erreicht. Außerdem wird an der Beuth und an der HWR jetzt ein Personalrat der Studentisch Beschäftigten gegründet, das ist auch aus der TV Stud Initiative entstanden. Das ist ein extremer Zugewinn für die Beschäftigungsverhältnisse an den beiden Hochschulen. Ich denke auch, dass den Arbeitgebern bewusster geworden ist, dass man mit uns anders umgehen muss.

Was soll im Sommersemester passieren?

Auf der letzten Streikversammlung haben alle streikwilligen Studis gemeinsam beschlossen, dass wir das neue Semester erneut mit Warnstreiks beginnen, um den Hochschulen zu zeigen, dass wir über die Semesterferien nicht eingeschlafen sind. Zudem werden wir verschiedene kleinere Kundgebungen abhalten, damit auch Studis, die zum neuen Semester erst eingestellt wurden, von der TV Stud Initiative mitbekommen und sich einbringen können. Wenn dann von Arbeitgeberseite immer noch nicht reagiert wird, wird es zur Urabstimmung kommen, um über einen Erzwingungsstreik zu entscheiden. Das würde bedeuten, dass alle SHKs ihre Arbeit nieder legen und so lange streiken, bis der neue Tarifvertrag unterschrieben ist!

» **aktuelle Infos zur TV-Stud Kampagne: www.tvstud.berlin**



Rechtshilfe-Flyer zum Streik der stud. Hilfskräfte

Der Streik der stud. Hilfskräfte kann den Unialltag massiv stören. Tutorien fallen aus, Bibliotheken oder Labore bleiben geschlossen und und und. In einem Flugblatt haben wir die Pflichten der Hochschule dokumentiert und versucht die offensichtlichsten rechtlichen Fragen aus sich der Studierenden zu beantworten.

Ihr könnt euch das Flugblatt im AStA abholen oder auf der Homepage downloaden.

» **asta.tu-berlin.de/tvstud**

Probleme mit dem Hochschulrecht?

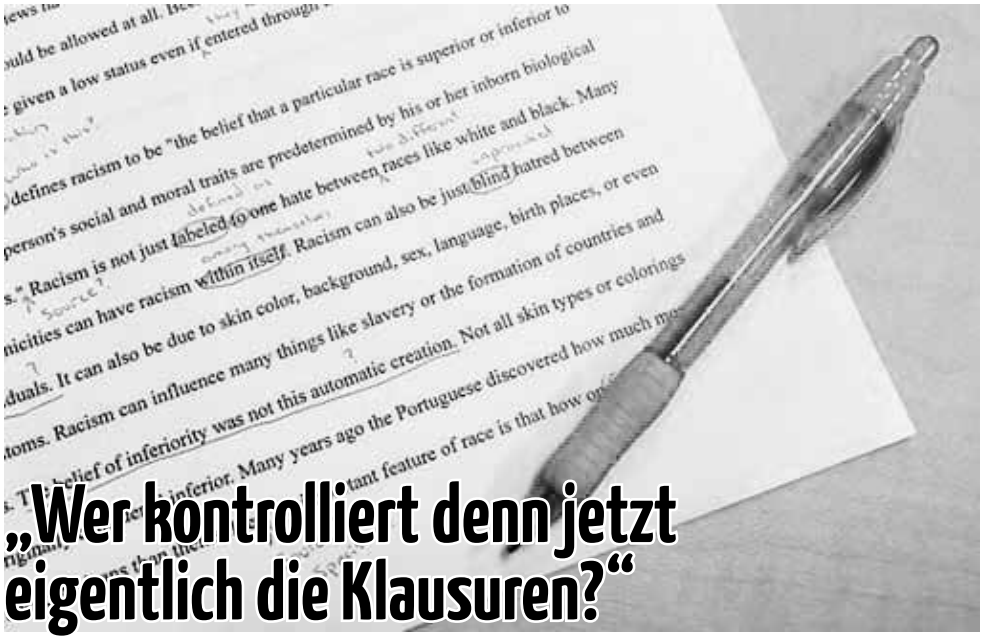
Die Hochschul- und Studienberatung des AStA hilft euch bei allen Problemen rund ums Studium und vertritt eure Interessen vehement – im Gegensatz zu den meisten Studierendenangeboten der Hochschule. Durch langjährige Erfahrung als Studierende an der Hochschule können wir uns meist sehr gut in eure Lage versetzen und schrecken im Zweifelsfall auch nicht davor zurück, uns mit euch gegen die Hochschule zu stellen.

Häufig in unserer Beratung auftretende Themen sind:

Einklagen in einen Studiengänge
Probleme mit der StuPO
Probleme mit Prüfungen
Zwangsberatungen oder
Zwangsexmatrikulation,

Für die reguläre, nicht anwaltliche Hochschul- und Studienberatung ist keine Terminvereinbarung notwendig.

» **Öffnungszeiten siehe:**
» **asta.tu-berlin.de/oeffnungszeiten**



„Wer kontrolliert denn jetzt eigentlich die Klausuren?“

Diese Frage wurde, völlig zurecht, am 22. Februar auf Twitter[1] gestellt. Für die meisten Studierenden lautet die einfache Antwort wahrscheinlich: „Na die Tutor*innen.“. Doch so selbstverständlich wie es scheint, ist es nicht. Zurzeit klafft eine große Lücke zwischen der gelebten Praxis, häufig auch Realität genannt, und den geltenden Regelungen, die eigentlich auch Teil der Realität sein sollten.

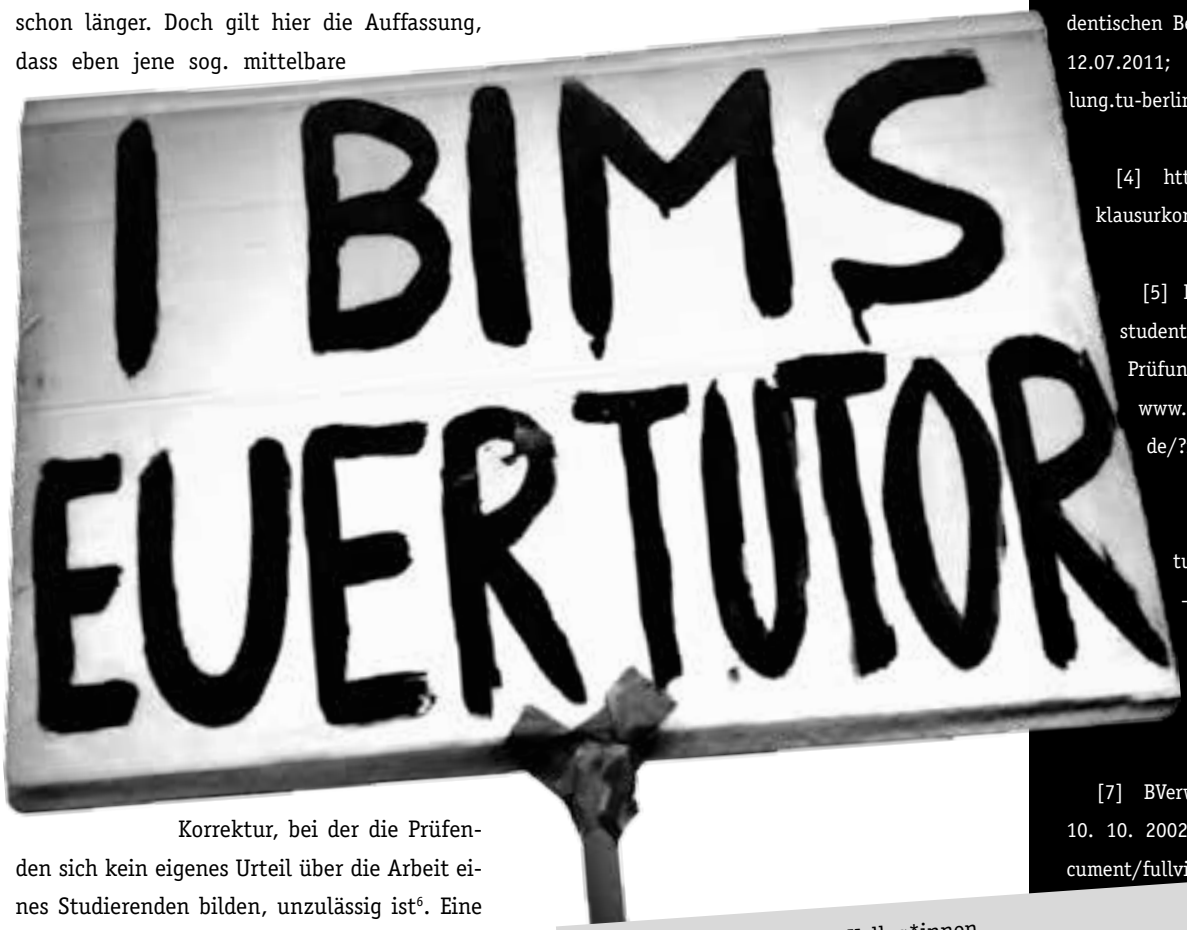
Nicht nur an der TU Berlin ist es alltäglich: Studentische Hilfskräfte (kurz SHKs) werden eingesetzt um Hausaufgaben zu bewerten, mündliche Rücksprachen zu Hausaufgaben zu halten und Klausuren zu korrigieren. Doch rechtlich abgesichert ist diese Praxis nicht. Im Gegenteil:

Das Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) regelt, dass nur Hochschullehrer*innen (Profs) sowie andere hauptberufliche Lehrkräfte (meist Wissentschaftliche Mitarbeiter*innen, kurz WiMis) prüfungsberechtigt sind[2]. Auch ein Rundschreiben des TU-Präsidiums von 2011 stellte unmissverständlich fest: „Studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen keine Klausuren korrigieren. [..] Alle Arbeiten, die auf die Bewertung einer Leistung hinauslaufen, sind ausgeschlossen.“[3] Wenn also das Präsidium der TU Berlin die Regelungen des BerlHG bestätigt, sollte klar sein, dass Tutor*innen nicht zur Korrektur von Klausuren, Hausaufgaben, Laborprotokollen, Hausarbeiten oder anderen Prüfungsleistungen eingesetzt werden dürfen.

Es ist allerdings undenkbar, wie z. B. die großen Bachelorveranstaltungen ohne Hilfe von SHKs durchgeführt werden sollten. Denn wöchentliche Hausaufgaben und Klausuren mit 500, 1000 oder mehr Studierenden wären ohne ihre Hilfe nicht denkbar. Im Grunde spricht inhaltlich nichts dagegen, Tutor*innen zur Bewertung von Prüfungsleistungen einzusetzen. Meist haben sie die Module selbst einmal besucht, können sich gut in die Lage von Studierenden versetzen und mit einer guten Korrekturvorlage (Musterlösung) lässt sich die Korrektur einfach deligieren. Allerdings muss diese Tätigkeit auch angemessen bezahlt werden: der Servicebereich Mathematik z.B. hat schon seit Jahren Schwierigkeiten, genug SHKs zu finden. Mit der aktuellen Diskussion über einen neuen Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte bietet sich hier eine optimale Möglichkeit, die jedoch von den Universitäten nicht genutzt wird. Angesichts dieser Herausforderung zeigte sich die TU Berlin plötzlich sehr flexibel in ihrer Wahrnehmung der Realität. Um den Forderungen im aktuellen Tarifstreit Nachdruck zu verleihen, hatte die TVStud-Initiative auf das Rundschreiben der TU Berlin von 2011 hingewiesen[4] und die SHKs dazu aufgefordert, keine Prüfungen zu korrigieren. Kurze Zeit später veröffentlichte die TU Berlin ein neues Rundschreiben mit geändertem Wortlaut. Doch am Berliner Hochschulgesetz hatte sich seit Jahren nichts geändert. Dieses Rundschreiben stellt zwar weiterhin fest, dass Tutor*innen keine

Prüfungen korrigieren dürfen, behauptet aber, „dass studentische Beschäftigte auf Anweisung der Prüfer und unter Anleitung durch die Prüfer Vorkorrekturen durchführen können“.[5] Was genau diese „Vorkorrektur“ ist, wird nicht näher erläutert. Auch im BerlHG findet sich dazu nichts.

Im Umfeld des Jura-Studiums in Deutschland kursiert der Begriff der Vorkorrektur allerdings schon länger. Doch gilt hier die Auffassung, dass eben jene sog. mittelbare



Korrektur, bei der die Prüfenden sich kein eigenes Urteil über die Arbeit eines Studierenden bilden, unzulässig ist[6]. Eine rein anweisende Tätigkeit der Prüfenden bei der Korrektur ist auch in der Meinung des Bundesverwaltungsgerichts nicht erlaubt, denn ein „Prüfer hat die Leistungen des Prüflings persönlich unmittelbar zur Kenntnis zu nehmen“[7].

Durch die Veröffentlichung des neuen Rundschreibens hat das Präsidium der TU Berlin gezeigt, dass es von der gängigen Praxis der Prüfungskorrektur durch Tutor*innen Kenntnis hat. Eine konkrete TU-interne Regelung hätte sowohl den SHKs Sicherheit in ihrem Arbeitsalltag als auch den Studierenden Sicherheit und Transparenz in ihren Prüfungsverfahren bieten können. Stattdessen hat sich das Präsidium dazu entschieden, unkommentiert eine höchst fragliche Prüfungspraxis zu empfehlen. Das Problem liegt weniger darin, dass Tutor*innen zur Kontrolle von Prüfungsleistungen eingesetzt werden sondern, dass die gesetzgebenden Akteure (Präsidium, Senat) seit Jahren versäumt haben, die rechtliche Sicherheit des Unialltags zu gewährleisten. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, da die Studierenden der TU Berlin und anderer Universitäten sonst berechtigte Zweifel an der rechtlichen Sicherheit ihrer Prüfungsverfahren behalten müssen.

Liebe Studierende, liebe Kolleg*innen,

als Interessenvertretung für alle rund 2700 studentischen Beschäftigten der TU Berlin stehen wir als Personalrat für studentische Beschäftigte (kurz PRSB) für Eure Rechte ein. Wir informieren euch regelmäßig über den Beschäftigtennewsletter über aktuelle Entwicklungen an der Uni.

Sowohl für Neueingestellte, als auch für alle anderen Beschäftigten, die mit uns in Kontakt kommen wollen, bieten wir monatlich ein Neueingestelltentreffen an.

Die nächsten Termine sind:
17.05.2018
29.06.2018
30.07.2018

Sie finden immer um 14 Uhr bei uns in Raum H100d statt. Kommt vorbei!

Am 26.04.2018 findet in TC 006 ab 14 Uhr (s.t.) unsere alljährliche Personalversammlung statt, auf der wir die Neuwahlen im Sommer vorbereiten und über unsere Tätigkeiten in der letzten Amtszeit berichten werden. Spread the word und kommt vorbei!

Kollegiale Grüße
Vom Personalrat der studentischen Beschäftigten
(http://www.tu-berlin.de/personalraete/prsb/menue/aktuelles/)

[1] https://twitter.com/jetzt_streik/status/966802690159398913

[2] Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) §32, Abs. 3;http://gesetze.berlin.de/jportal/?quelle=jlink&query=HSchulG+BE&psml=bsbeprod.psml&max=true

[3] Rundschreiben „Einsatz von studentischen Beschäftigten bei Prüfungen“, 12.07.2011; http://www.personalabteilung.tu-berlin.de/?id=34907

[4] https://tvstud.berlin/2018/02/klausurkorrektur

[5] Rundschreiben „Einsatz von studentischen Beschäftigten bei Prüfungen“, 28.02.2018;http://www.personalabteilung.tu-berlin.de/?id=34907

[6] JuS 8/2010: „Vorkorrektur an der Massenuniversität – Von Nöten und Zwängen juristischer Fakultäten im Umgang mit dem Prüfungsrecht“

[7] BVerwG 6 C 7/02, Abs. 13. 10. 10. 2002; https://www.jurion.de/document/fullview/1:123966,0/

Was ist eigentlich die LandesAstenKonferenz?

Die LandesAstenKonferenz Berlin, kurz LAK Berlin, ist der Zusammenschluss der Studierendenschaften der Berliner Hochschulen.

Die Verfassten Studierendenschaften treffen sich häufig, um aktuelle Entwicklungen der Berliner Hochschulpolitik zu diskutieren und treten gelegentlich über Pressemitteilungen oder andere Kanäle an die Öffentlichkeit. Über die LAK koordinieren sie ihre Positionierungen gegenüber dem Berliner Senat, der Bundespolitik und der Öffentlichkeit, etwa im Rahmen von themenspezifischen Anhörungen im Wissenschaftsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses.

Die LAK Berlin vernetzt sich kontinuierlich mit Bündnissen, Initiativen, Gewerkschaften und weiteren Akteuren aus Wissenschaft und Politik. Mit den Landesstudierendenvertretungen anderer Bundesländer wird ein regelmäßiger Austausch gepflegt.

Das Ziel der LAK Berlin ist es, die Interessen der Berliner Studierenden und ihrer Studierendenschaften gemeinsam, koordiniert und schlagkräftig zu vertreten. Wir wollen im Sinne der Berliner Studierendenschaften Einfluss auf relevante politische Entwicklungen nehmen.

» **mehr Infos auf: lak-berlin.de**

LandesAstenKonferenz reagiert auf untragbare Wohnsituation.

Die LandesAstenKonferenz (LAK) Berlin, der freie Verbund der verschiedenen ASten in Berlin, ist dabei eine wohnpolitische Kampagne aufzubauen, welche sich unter anderem gegen den privaten Immobilienmarkt richtet. Damit reagiert die LAK auf die sinkende Lebensqualität von Studierenden, verursacht durch die finanzielle Belastung der steigenden Mieten auf dem privaten Wohnungsmarkt, auf den 95% der 180.000 Studierende in Berlin angewiesen sind.

Bei tatsächlicher oder drohender Wohnungslosigkeit sinkt insgesamt die Lebensqualität von Studierenden. Eine steigende Anzahl an Studierenden arbeitet und arbeitet auch immer mehr, um die Miete zu finanzieren. Diese erhöhte Belastung spiegelt sich auch in der steigenden Rate an psychischen Erkrankungen wieder, die höher ist als der Durchschnitt in der Altersklasse. Laut einer Umfrage der ASten wohnen zudem bereits über 60% der Student_innen in Randbezirken. Randbezirke sind für Familien sicherlich erstrebenswert - für alleinstehende Studierende wird die Vereinzelung und Anonymität im Studium aber verstärkt wenn sie in einem abgelegen Randbezirk wohnen müssen. Laut StudierendenWerk ist in den Berliner Wohnheimen in den vergangenen Jahren die Suizidrate gestiegen. Es ist also höchte Zeit hier zu handeln.

Es ist auch schon was passiert: Unter anderem hat die LAK den Senat am Anfang des letzten Wintersemesters aufgefordert, Notunterkünfte einzurichten um auf die akute Wohnungslosigkeit von Student_innen zum Semesterstart zu reagieren. Hierbei ist natürlich klar, dass die Situation auf dem Wohnunsgmarkt schon länger für eine große Mehrheit der Studierenden ein Problem darstellt und Notunterkünfte keine langfristige Lösung sind. Auch die 5000 zusätzlichen Wohnheimplätze (derzeit gibt es knapp 10.000), die der Senat versprochen hat, können allerhöchstens als ein Tropfen auf den heißen Stein gewertet werden, wenn man bedenkt, dass es in Berlin 180 000 Student_innen gibt.

Selbst mit den noch ungebauten Wohnheimplätzen bleiben etwa 90%, also etwa 166.000 Studierende auf den privaten Wohnungsmarkt angwiesenen. Der durschnittliche Preis für neuvermietete WG-Zimmer steigt jährlich um etwa 30% und lag für das Jahr 2017 bei 430 Euro monatlich. Für die Studierenden, die BAföG beziehen sind diese Mietkosten gar nicht mehr tragbar, da der Wohnzuschuss im BAföG im Moment bei 250 Euro pro Student_in im Monat liegt. Aber auch für Studentische Beschäftigte, die im Augenblick 450 Euro pro Monat verdienen, ist dies kaum mehr zu finanzieren. Es ist aber klar, dass die Forderungen der LAK sich nicht darauf beschränken, mehr BAföG zu fordern. Das machen der Berliner Senat und die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften schon von ganz alleine.

Zum Beispiel baut die Berlinovo gerade in Friedrichshain und im Wedding Wohnungen für Student_innen, die sie dann über den allgemeinen BaföG-Satz für Wohnen vermieten möchte. Der Senat fordert dann eine Erhöhung des BAföG. Diese staatlich subventionierte Spirale der Mieterhöhung ist natürlich nicht das, was die LAK unterstützen wird.

Die LAK-Kampagne zur Wohnungspolitik ist eine Kampfansage an den privaten Immobilienmarkt, der Maximalprofite auf Kosten der Lebensqualität von Studierenden und anderer wenig finanzstarken Gruppen macht. Das ist keine Politik im Interesse für Menschen sondern pures Eigeninteresse der Politik und Wirtschaft. Es braucht einen radikalen Kurswechsel um den privaten Wohnungsmarkt daran zu hindern, die Verarmung und Wohnungslosigkeit weiter voran zu treiben. Wir müssen den privaten Immobilienmarkt zurückdrängen, angefangen damit, dass öffentliche Gelder nicht weiter in den privaten Markt fließen und öffentliche Institutionen sich nicht an der Immobilienspekulation beteiligen. Stattdessen muss Eigentum in öffentliche Hand geholt werden durch Enteignung und Rekommunalisierung. Der Immobilienmarkt muss durch Steuern und Verbote zurückgedrängt werden und ein öffentlicher, nicht profitorientierter Wohnungsmarkt ausgebaut werden. Wir wollen Eigentum in der öffentlichen Hand sehen, kontrolliert und selbstverwaltet durch die Mieter_innen.

Probleme mit BAföG, Wohngeld oder Studienfinanzierung?

Die BAföG- und Sozialberatung ist eine von der Universität und vom Studierendenwerk unabhängige Anlaufstelle für all eure Fragen rund um das Thema Studienfinanzierung. Diese vom AStA eingerichtete Beratung hilft euch beim Ausfüllen von BAföG- und Wohngeld-Anträgen, beim Formulieren von Widersprüchen, bei Fragen zu relevanten Paragraphen und Verwaltungsvorschriften und unterstützt euch auch allgemein im Umgang mit den entsprechenden Behörden.

» Öffnungszeiten siehe:
» asta.tu-berlin.de/oeffnungszeiten

Hochschulverträge oder die unsichtbare Hand des Marktes

WENIG INNOVATIVES IN DEN NEUEN HOCHSCHULVERTRÄGEN

TEXT: REFERAT FÜR HOCHSCHULPOLITIK

Alle paar Jahre werden sie aufs neue Unterschrieben und bilden die Grundlage der Verantwortungslosigkeit für alles Schlechte im Hochschulbereich. Die Berliner Hochschulverträge wurden im Sommer 2017 zwischen dem Land Berlin und den Hochschulen ausgehandelt und sind seit dem 01.01.2018 in Kraft. Damit ist der Grundstein für die Finanzierung der Hochschulen erneuert und alle Beteiligten können sich auf die Schulter klopfen, dass alles so bleibt wie immer, nur ein bischen besser aka es gibt etwas mehr Geld, aber noch nicht so viel wie eigentlich angemessen oder benötigt wäre.

Und dieses bisschen mehr Geld gibt es auch nicht nach Bedarf, sondern nach der sogenannten Leistungsbasierten Mittelvergabe. Was erstmal gut klingt, immerhin sind wir Studierende die Leidtragenden, wenn Professor*innen und Dozierende schlechte Leistungen bringen, also schlechte Lehre geben. Allerdings wird nicht die tatsächliche Leistung im Sinne einer Qualitätskontrolle damit belohnt respektive bestraft, sondern eine Quantitätskontrolle. In der Lehre bedeutet das, wenn der oder die Professor*in mehr Studierende betreut gibt es mehr Kohle. Wer also seine Lehre in Massenveranstaltungen auslagert, sich weniger Zeit bei der Betreuung von Abschlussarbeiten nimmt und es dadurch schafft, mehr Studierende durchs System zu schleusen. kriegt Bonuspunkte bei der Lehre. Wer es schafft mehr Drittmittel einzuwerben, also entweder nach Staats- oder Kapitalinteresse zu forschen, kriegt nochmal mehr Bonusmittel für Sekretariats-, Tutor*innen oder WiMi Stellen. Da sich die Gesamtsumme aber nicht ändert, kriegen die Anderen, die weniger Studierende oder weniger Drittmittel ‚eingeworben' haben, weniger von diesen Mitteln. Nischenfächer und kritische Lehre findet so immer weniger Platz an der Universität und die eine Tutor*innen Stelle, die es bei euch am Fachgebiet gibt, kann nächstes Jahr schon Weg sein, weil ein anderes Fachgebiet Firmenrelevantere Forschung betreibt. Die Freiheit der Wissenschaft wird so untergraben, die Lehre immer unpersönlicher und die Seminare immer voller. Auch unter Rot-Rot-Grün wird weiter an einer Regelung festgehalten, die zwar nicht mehr nach den alten Machtregeln der Ordinarien funktioniert, dafür nach denen eines plumpen Kapitalismus. Mehr ist immer besser.

TU-Präsident Christian Thomsen und Staatssekretär Steffen Krach (SPD)

Dass man ähnliche Regelungen auch progressiv umpolen könnte, zeigt die aktuelle TV STUD Kampagne. Vorzustellen wäre dabei eine Belohnung für diejenigen, die sich gute Lehre auch was kosten lassen und bestmögliche Arbeitsbedingungen herstellen. Denn immerhin steht in den Hochschulverträgen auch folgender Satz: "In ihrer Funktion als Arbeitsgebener wirken die Hochschulen regelmäßig darauf hin, dass sich die Anpassung der Entgelte für studentisch Beschäftigte an der Entwicklung der realen Lebenshaltungskosten orientiert."- und es wurde für diesen Zweck auch schon seit Jahren mehr Geld zu Verfügung gestellt. Dass das Land Berlin im Zweifel aber den Kurs der Uni unterstützt die Studierenden in einer teurer werdenden Stadt am kleinen Finger verhungern zu lassen, zeigt das Abstimmungsverhalten des Staatssekretärs im Kuratorium. In allen

Abstimmungen die es zu dem Thema gab lehnte Staatssekretär Krach strengere Bestimmungen ab, unter der Maßgabe, dass es ja eine Aushandlung der Uni und der Gewerkschaften wäre. Die Politik möchte sich ihre Hände in Unschuld waschen und schiebt die Verantwortung von sich weg.

Das selbe Verhalten zieht sich durch die gesamten Hochschulverträge: Bloß keine Verantwortung tragen müssen, am Ende müsste man sich nur rechtfertigen. Ob es um die Richtung der Forschung geht oder die Verantwortung für Angestellte. Der Hochschulvertrag bietet die perfekte Grundlage dafür, dass am Schluss niemand verantwortlich ist außer die unsichtbare Hand des Marktes. Denn immerhin bedeutet der jetzige Hochschulvertrag immernoch zu wenig Geld, um allen Ansprüchen gerecht zu werden und für die Verteilung ist nun weder die Uni noch das Land Berlin verantwortlich - die Organe, auf die wir zumindest theoretisch demokratischen Einfluss ausüben könnten. Versteckt hinter einem Regelwerk möchte ich dem Ganzen den Namen *Bürokratisierte Verantwortungslosigkeit* geben. Und sollte doch mal jemand die Verantwortung übernehmen, wird die Person dafür bestraft, denn die Arbeitskraft oder das Geld fehlt sofort an der Drittmittelfront. Unsere Forderung muss also ein System sein, indem gute Studier- und Arbeitsbedigungen belohnt werden, indem eine Uni belohnt wird, die es schafft alle Mitzunehmen und nicht mehr nach ‚Leistungs'kriterien rauszuschmeissen oder zu ekeln. Eine Uni in der ein respektvolles Miteinander und eine demokratische Tradition Forschung für ein besseres Miteinander vorantreiben und nicht bloß kapitalistischen Verwertungsinteressen im Sinn haben. Solange das Land Berlin und die Unileitung nicht die Verantwortung für die Interessen der an der Uni Beschäftigten und Studierenden übernehmen wollen, solange liegt es an uns für unsere Interessen einzustehen und den Druck auf die Akteur*innen im Hochschulbereich zu erhöhen.

LAK und studierendenWERK gegen Sozialbeitragserhöhung für Studierende - Senat in der Pflicht !

TEXT: LANDESASTENKONFERENZ

Die Berliner Studierenden sehen einer Erhöhung des Sozialbeitrags von ca. 7% entgegen: Aufgrund einer Finanzierungslücke beim studierendenWERK Berlin (stuWerk) sollen die Beiträge 2019 von 54,09 Euro auf 58,28 Euro pro Semester erhöht werden. Dies ließe sich vermeiden, indem der Senat sein Koalitionsversprechen rechtzeitig einlösen und den Landeszuschuss ans stuWerk erhöhen würde. Davon würde mittelfristig auch der Landeshaushalt profitieren.

Im Wirtschaftsplan des studierendenWERKs Berlin für das kommende Jahr fehlen 1,3 Mio. Euro, die eine Erhöhung des Sozialbeitrags für Studierende von 4,19 Euro zur Folge hätten. Die Koalitionsvereinbarung sieht jedoch vor, „den Landeszuschuss [für das stuWerk] auf dieselbe Höhe wie das Aufkommen durch die Sozialbeiträge der Studierenden anzuheben." Würde die versprochene Anhebung des Landeszuschusses von 11,5 Mio. Euro auf die Gesamtsumme der Sozialbeiträge von aktuell 16,6 Mio. Euro bereits 2019 erfolgen, wäre die drohende Beitragserhöhung für 2019 vom Tisch.

Der Verwaltungsrat des studierendenWERKs Berlin bezog hierzu am 01.03.2018 Stellung: Der Verwaltungsrat missbilligt, dass die Studierenden diese Lücke finanzieren sollen und fordert die Landesregierung auf, die selbstgesetzte Verpflichtung aus dem Koalitionsvertrag zur Anpassung des Landeszuschusses an den Sozialbeitrag einzulösen.

Die LandesAstenKonferenz Berlin (LAK) schließt sich dieser Forderung uneingeschränkt an. Mit der Anhebung des Zuschusses würde dem StuWerk sogar ein zusätzliches Budget von 3,8 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Referentin Hella Polze vom AStA FU fasst zusammen: Sollte die Beitragserhöhung 2019 erfolgen, wirkt sich das direkt auf den Umfang einer späteren Anhebung des Zuschusses aus, und somit negativ auf den Landeshaushalt: Der neue Zuschuss würde 7% höher ausfallen. Am günstigsten für alle Seiten wäre es, wenn die Koalition bereits 2019 ihren Worten Taten folgen lässt. Der Senat ist jetzt in der Pflicht den Haushaltsplan zu aktualisieren!

Gabriel Tiedje (Hochschulpolitisches Referat, AStA TU) kommentiert dazu die Gesamtsituation: Berlin boomt - und zwar zum Nachteil der Studierenden. Während sich die Staatskasse füllt, steigen stetig Unterhaltskosten wie Miete und Lebensmittelpreise. BAföG-Satz und studentischer Tarifvertrag orientieren sich längst nicht mehr an den realen Lebensbedingungen, und trotzdem sollen Finanzierungslücken auf die Rücken der Studierenden abgewälzt werden. Der Sozialbeitrag zum StuWerk wurde seit 2010 bereits um 31% erhöht - als Vertretung der Studierenden lehnen wir jede weitere Erhöhung ab!

Anfragen für Dumme

TEXT: BELLA MARCH

Unter den Abgeordneten rechts der Mitte im Berliner Abgeordnetenhaus ist es ein Evergreen, die Studierendenschaften mit kleinen Anfragen zu belästigen, die mit den immer gleichen all-time-favorites-Fragen glänzen. Formulierungen und Umfang sind hingegen sehr unterschiedlich. Zum bisherigen Ping-Pong-Spiel von CDU und FDP hat sich jetzt eine dritte Spielerin eingeladen, die AfD.

Mittels Anfragen im Parlament versuchen die Abgeordneten der Opposition, die Junta zu kontrollieren. Das Spiel ist dabei oft das Gleiche: Ist ein Thema in der Öffentlichkeit, kommen die Fragen. In der Regel werden sie von den entsprechenden Ministerien oder Fachabteilungen beantwortet. Haben die keine Infos, wird solange rumgefragt, bis jemensch Auskunft geben muss. Und so kommt es, dass am Ende unsere Verwaltungs-Studis im AStA losrennen und Antworten zusammenrecherchieren müssen.

Die Anfragen der Abgeordneten im Berliner Landesparlament zu studentischen Belangen umfassen ein breites Spektrum an Themen: Von Prüfungsregelungen über die Belange internationaler Studis bis hin zur Wohnungsnot, die auch und gerade die Studierenden betrifft. Ein großes Thema sticht allerdings heraus: Die Frage danach, ob da eigentlich bei den Studierendenschaften auch alles korrekt läuft. Hier offenbart sich ein großes Mißtrauen vornehmlich der Abgeordneten rechts der Mitte. Bereits eine oberflächliche Recherche ergab 18 kleine oder schriftliche Anfragen seit 1999, in denen es darum geht, ob bei den ASten oder einer bestimmten Studierendenschaft die Finanzen korrekt abgerechnet werden, ob sie sich an ihr „hochschulpolitisches Mandat" halten oder ob auch alles satzungsgemäß abgelaufen ist. Die Antworten bestehen meist aus Zitaten aus Gesetzen, Geschäfts- und sonstigen Ordnungen und sind eher langweilig. Ein paar interessante Fragen und Antworten gibt es aber dann doch.

Die älteste vorliegende Anfrage wurde am 18.10.99 von Michael Braun (CDU) gestellt und behandelt Fragen zum Haushalt der FU-Studierendenschaft. Aus der Antwort: „Vorrangig ist es Aufgabe des Studentenparlaments (sic!) und der darin vertretenen Gruppen, für übliche demokratische Verhältnisse zu sorgen." Vorangegangen waren Beschwerden der Opposition im Studierendenparlament, nicht in Ausschüsse gewählt worden zu sein.

Am 18.10.2004 stellte der Abgeordneten Peter Kurth (CDU) anlässlich eines Rechnungshofbericht insgesamt acht Fragen[1] wie „Hat […] bei den Studentenschaften (sic!) der FU, HU, TU, UdK, TFH, FHTW, FHW und ASFH eine gesetzlich vorgeschriebene Rechnungsprüfung stattgefunden?" (Antwort: Ja) und „Sind bei einer dieser Prüfungen Unregelmäßigkeiten oder Verstöße aufgetreten, wenn ja, welche?" (Antwort: Nein). Der freundliche Herr Kurth von der in Gelddingen überall als sehr korrekt bekannten CDU fragte sodann nach der persönlichen Haftung „der Verantwortlichen". Glücklicherweise ist die Antwort hier umfassend: „Nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 3. April 1996 – 6 C 5/04 setze die persönliche Haftung eines Mitglieds des Allgemeinen Studierendenausschusses wegen Verletzung der Amtspflicht eine konkret tragfähige Rechtsgrundlage voraus, die der Vielschichtigkeit und Kompliziertheit der Rechtsbeziehungen im Rahmen der Hochschulselbstverwaltung Rechnung trage; in keinem Falle reichten analog herangezogene Regelungen des Bürgerlichen Rechts[…]". Im Vorfeld waren Gerichtsprozesse um die

Michael Braun (CDU), Peter Kurth (CDU), Eric Schmidt (FDP) und Sven Rissmann (CDU): Wechselnde Gesichter...

Frage des „hochschulpolitischen Mandats“ für die Studierendenschaften nachteilig ausgegangen.

Erik Schmidt (FDP) fragte am 07.02.07[2] neben dem Üblichen: „Ist dem Senat bekannt, dass auch andere Studentische Gruppen wie z.B. Jusos, RCDS oder LHG den Umgang der Berliner ASten mit den ihnen überlassenen Mitteln kritisch betrachten?“ Antwort: „Nein.“

Unter dem Titel „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ begann der Abgeordnete Sven Rissmann, CDU, am 24.01.07 seine Teilnahme am Spiel[3]. Inhaltlich das Übliche. Es folgte am 30.01.2007 Sebastian Czaja von der FDP[4]. An der TU hatte im vorangegangenen Herbst der CDUnahe Ring Christlich Demokratischer Studenten (sic!) mit knapper Mehrheit den AStA übernommen, eine Abrisspolitik begonnen und den Beitrag gesenkt, die TU genehmigte den äußersten Sparhaushalt nicht sondern legte einen eigenen Haushaltsentwurf vor mit einem moderat gesenkten (Kompromiss-)Beitrag. In dieser Situation stellte dann der Herr Czaja seine acht Fragen, u. a. „In welcher Höhe erhoben die Studierendenschaften […] Beiträge von ihren Mitgliedern […]?“, „Über welches Budget verfügen die jeweiligen Studierendenschaften insgesamt?“, „Rechungsprüfung […] stattgefunden?“ (ja) und „Unregelmäßigkeiten oder Verstöße aufgetreten?“ (nein). Im Nachgang dazu stellte Herr Czaja am 22.02.07 zu eben diesen gesenkten Beiträgen zwei kurze Fragen[5], mit denen er deutlich seine Kritik an der Regelung durch das Präsidium äußerte. Im Folgenden scheint Herr Czaja Spaß an der Sache gewonnen zu haben, es folgen in der Legislatur noch drei weitere Anfragen, die am 27.08.07 in einer kleinen Anfrage mit dem Titel „AStA als mögliche Anlaufstelle für Linksextremisten – was weiß der Senat?“[6] ihren Höhepunkt fanden. Inhaltlich enttäuscht diese Drucksache allerdings. Die Antwort zusammengefasst: „Nix.“

Am 27. Juli 2009 kam der Abgeordnete Sven Rissmann, CDU, zurück ins Spiel[7]: Abermals unter der Überschrift „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ stellte er im Rahmen einer kleinen Anfrage 18 Fragen die Studierendenschaften betreffend. Die Highlights „Prüfung stattgefunden?“ und „Gab’s was?“ sind natürlich dabei (ja und nein, nix besonderes). Aber dann wird der Ton ungemütlicher und deutet auf einen Anlass für die Fragestellung hin: „Welche rechtsaufsichtlichen Maßnahmen hat die Hochschulleitung der TU Berlin unternommen bzw. wird sie unternehmen, um eine Wiederholung von allgemeinpolitischen Aktivitäten des AStAs wie z.B. die Presseerklärung zum Erhalt der Wagenburg „Laster und Hänger“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg vom 23. Februar 2009 zu verhindern?“. Damals sollte der genannte Wagenplatz für einen Sportplatz weichen. Da sich studentische Wohnungsnot bereits deutlich abzeichnete, die Studierendenschaft auch kulturelle und soziale Belange ihrer Mitglieder wahrnehmen und sich ausdrücklich auch um Sport kümmern soll, studentisches Wohnen und studentische Kultur nicht zuletzt viel mit Hausprojekten und Wagenplätzen zu tun hat und der damalige AStA-Vorsitzende Stadt- und Regionalplanung studierte, wurde schnell noch ein Sport-Beauftragter ernannt, eine PM geschrieben und verschickt. Aber auch an anderen Hochschulen war mensch nicht faul: „Welche rechtsaufsichtlichen Maßnahmen hat die Hochschulleitung der TFH Berlin unternommen bzw. wird sie unternehmen, um allgemeinpolitische Aktivitäten, wie z.B. die Verlinkung des Antifa-Referates des AStAs zu Webseiten von

… gleiche Motivation: Sebastian Czaja (FDP), Marcel Luthe (FDP), Hans-Christian Hausmann (CDU)und Martin Trefzer (AfD)

verschiedenen Antifa-Gruppen, wie der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) oder der „Für eine linke Strömung" (FelS), […] zu unterbinden?".

Dann war es eine ganze Weile ruhig. Bis es nun vor Kurzem wieder losging. Anlass war dieses Mal ein Text in der Studi-Zeitung „UnAufgefordert" an der HU. Diese hatte in einem Artikel dem RefRat (so heißt der AStA auf der uncoolen Seite der Straße) Intransparenz bei der Wahl der Referent_innen vorgeworfen, was von den zuständigen Stellen selbstverständlich schnellstmöglich entkräftet wurde. Die „UnAuf" war mal ein Projekt der Studierendenschaft, hat sich aber infolge von Differenzen verselbstständigt; die Beziehungen sind nicht die besten. Den Abgeordneten Marcel Luthe, FDP, brachte der Artikel der „Bildzeitung für HU-Studis" (unbekanntes AStA-Mitglied, Berlin-West) drauf, mal ganz grundsätzlich mit zehn Fragen[8] am 05. Dezember 2017 nachzufragen: „Welche Aufsichtsbehörde überwacht?", „Über welchen Etat? Aus welchen Quellen?" und natürlich der Abschuss: „In welchen Abständen wird durch wen diese Mittelverwendung geprüft?". Auf's Neue werden Ordnungen und Vorschriften zitiert; die übrigen Fragen betreffen im Wesentlichen Einzelheiten zu unterschiedlichen Interpretationen von Satzungsvorschriften der Studierendenschaft der HU.

Am 25. Januar 2018 dann stellte der Abgeordnete Dr. Hans-Christian Hausmann (CDU) auch zehn Fragen[9]: „Rechnungshof?", „Rechtsaufsicht?" und „Kompetenzrahmen!", an den sich die Studierendenschaften gefälligst halten sollen. In der Antwort der TU heißt es: „Nachdem das Studierendenparlament der Entlastung der Haushalte für die Jahre 2006/2007 und 2008/2009 nicht zugestimmt hatte, wurde die Hochschulleitung beratend und unterstützend tätig und ermöglichte so die Entlastung". Eine in jeder Hinsicht fabelhafte Formulierung. Den Anteil der Personalkosten am Haushalt der Studierendenschaften betreffend wird vermerkt: „Angesichts der zahlreichen Beratungsangebote und sonstigen Dienstleistungen hält die Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung – die Kostenstruktur für vertretbar."

Am 26. Januar 2018 wurde das Spiel dann endgültig lächerlich. Am selben Tag stellte mit Martin Trefzer die AfD eine schriftliche Anfrage[10], die 39 (!) Fragen mit bis zu fünf Unterfragen umfasst. Ausführlich widmet sich je ein Teil der Fragen den Studierendenschaften jeweils einer der drei großen Hochschulen. Dabei wollen sie es ganz genau wissen: Zehn Jahre in die Vergangenheit sollen z. B. die Listen reichen, die sich diese Ansammlung feiger Denunziant_innen über Referent_innen und Referenten via parlamentarischem Auskunftsrecht zu bestellen gedachte „(Bitte um Nennung von Vor- und Zuname, Zuständigkeitsbereich, Beginn und Ende der Amtszeit"). Und selbstverständlich soll auch gleich in Erfahrung gebracht werden, „welche dieser Personen […] eine Aufwandsentschädigung erhielt". Denn das würde den Absahnern fetter Diäten nie einfallen! Das Außmaß an zweifelhafter Neugier der Apologeten faschistischer Diktaturen zeigt sich in einer der nächsten Fragen: „Welche weiteren Personen erhalten derzeit und welche Personen erhielten in den letzten zehn Jahren von der Verfassten Studierendenschaft […] eine Aufwandsentschädigung für Bürodienst, Sitzungsleitung, als studentische Aushilfe in Referaten etc.? […] (Bitte um Nennung von Vor- und Zuname, Zuständigkeitsbereich, Beginn der Tätigkeit)". Zum Glück verhindert hier der Datenschutz, dass Namen genannt werden. Denn diese Anfrage ist Teil einer Reihe von Anfragen der AfD, mit der sie Informationen über alle möglichen Organisationen zu erfahren versucht, denen sie nicht eben wohlgesonnen gegenübersteht. Das Berliner Bündnis gegen Rechts meint darin sogar eine Art „Feindesliste" der AfD zu erkennen und schreibt: „Migrantische Fußballvereine, Gewerkschaften, antirassistische Initiativen, Landesprogramme gegen Rechtsextremismus und wissenschaftliche Institute für Gender Studies haben eins gemein: Sie haben in der Gesellschaft, wie die AfD sie sich vorstellt, keinen Platz."[11] Daher bestehen die Antworten auf die Fragen 2.a und 2.b aus Zitaten aus Datenschutzgesetzen und viele Antworten lediglich aus „siehe 2.a" oder „siehe 2.b", da die Fragen sich gleichen. Das haben diese Anfälligen für Digitalfehler dann auch gleich noch ganz klassisch verkackt. Denn heute gibt es als Alternative für Druckfehler den copy-and-paste-Fehler. Und so wird dann die TU beispielsweise gefragt, auf welche Weise Amtszeiten des ReferentInnenrats der HU bekannt gemacht werden. Leider zitiert die Antwort brav die entsprechenden Regelungen an der TU statt darauf hinzuweisen, dass die Verwaltung der Ansicht sei, mit der Rechtsaufsicht über eine Studierendenschaft vollauf ausgelastet zu sein und daher bedauert, entsprechende Aufgaben nicht auch an der HU übernehmen zu können.

Weiter wird nach Wahlbeteiligungen gefragt (unterirdisch), auch nochmal ganz innovativ „Auf welche Weise werden die Finanzen der Verfassten Studierendenschaft […]überprüft?" und auch das gute, alte „politischen Mandat", auch bekannt unter „Kompetenzrahmen", darf nicht fehlen. Die Fragen „Nach gängiger Rechtsprechung ist es der Verfassten Studierendenschaft gestattet, sich zu hochschulpolitischen Themen zu äußern, nicht jedoch zu allgemeinpolitischen. Wann überschreiten ASten nach Auffassung des Senats ihr politischen Mandat?" und „Ist es der Verfassten Studierendenschaft gestattet, sich ohne hochschul- oder wissenschaftspolitischen Bezug gegen einzelne Parteien der Bundesrepublik Deutschland zu positionieren und wenn ja: welche Aufgabe nach § 18 des Berliner Hochschulgesetzes wird damit erfüllt?" werden gemeinsam und sehr interessant beantwortet: „Nach Auffassung des Senats ist bei der Behandlung hochschulpolitischer Themen ein „Brückenschlag" zu allgemeinpolitischen Fragestellungen nicht zu beanstanden, solange und soweit dabei ein Zusammenhang zu studien- und hochschulpolitischen Belangen erkennbar bleibt." Hochschulpolitische Belan-

ge? Check, Brückenschlag: Die AfD und ihre Wähler_innen sind eine Ansammlung rassistischer und faschistischer Egoist_innen ohne das kleinste bisschen Empathie und Mitgefühl; ihr widerlicher Stolz auf eine Verwaltungseinheit hält sie vom Denken ab, ihr Hass entzündet sich immer öfter ganz praktisch an einem Wohnheim oder in einer Zelle. Dieser moralisch arme Rest der Gesellschaft ist gefährlich. Es ist und bleibt Aufgabe einer_s jeden von uns, sich ihnen in den Weg zu stellen.

Ihre Rückständigkeit demonstrieren die Agitatoren für Dreiunddreißig schließlich auch mit einer Frage zu den „Redeanteilen in den Studentenparlamenten (sic!)“. Dabei wollen sie wissen, ob und „Sofern eine Zuteilung von Redezeiten nach der Geschlechtszugehörigkeit eines Redners (sic!) erfolgt“, wie mit der Situation verfahren werde, wenn „sich ein Redner (sic!) zu einem anderen Geschlecht zugehörig fühlt als es vom Präsidium des StudentInnenparlaments für diesen Redner (sic!) bestimmt wurde“. Die TU betreffend wird zunächst mit den entsprechenden Paragraphen der Geschäftsordnung geantwortet und schließlich erklärt: „Im Übrigen teilte der AStA der Technischen Universität Berlin mit, dass das Geschlecht von Personen nicht durch die Organe der Studierendenschaft bestimmt werde.

Der Senat sieht keine Veranlassung, diese Praxis zu beanstanden.“

1) Drucksache 15/11 942
2) Drucksache 15/13 224
3) Drucksache 16/10 277
4) Drucksache 16/10 305
5) Drucksache 16/20 039
6) Drucksache 16/11 147
7) Drucksache 16/13 608
8) Drucksache 18/12 923
9) Drucksache 18/13 293
10) Drucksache 18/13 307
11) https://berlingegenrechts.de/2018/02/10/im-visier-der-afd-pm/, abgerufen 21.03.18

Erkaufte Lorbeeren

WARUM DIE UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK UMBENANNT WERDEN SOLLTE

TEXT: HELLA DIESS

Es gibt viele Möglichkeiten, eine Bibliothek zu benennen. Nach dem Ort, an dem man sie findet, wie die Bibliothek am Luisenbad; danach, was man in ihr an Lesestoff erwarten kann, wie bei der Philologischen Bibliothek in Dahlem; man kann ihnen mystische oder interessante Namen geben, um mehr Publikum anzulocken, wie die Kinderbibliothek ‚Hallescher Komet' in Kreuzberg oder das lesbische Spinnboden-Archiv nahe der Bernauer Straße.

Oder man benennt seine Bibliothek nach besonders beeindruckenden Personen, deren Namen man erinnern möchte. Wie zum Beispiel die Janusz-Korczak-Bibliothek am S-Bahnhof Pankow, die dem polnischen Pädagogen gedenkt, der die Kinder seines Waisenhauses bis in den Tod im NS-Vernichtungslager Treblinka begleitet hat.

Eher untypisch sind hingegen Namen, die keinerlei Bezug zur Sammlung und Weitergabe von Wissen und Werten haben, oder die dieser kaum zu übersehenden Funktion von Bibliotheken sogar widersprechen.

Eine seltene und seltsame Ausnahme ist die Volkswagen-Universitätsbibliothek, die seit 2004 größte Bibliothek der TU und der UdK. Auf den ersten Blick scheint es absolut keinen Grund zu geben, warum die großen, nachts beleuchteten Lettern über dem Eingang dem Hersteller von Mittelklassekarosserien huldigen sollten. Im Gegenteil: Dass eine Bibliothek, noch dazu eine universitäre, im Stil eines Fußballstadiums vom Großkonzern geclaimt wird, wirft Fragen nach dem Schutz der Akademischen Freiheit und der – auch symbolischen – Unabhängigkeit von Wissenschaft und Forschung auf.

Das dachten sich im November 2017 auch zwei Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Charlottenburg-Wilmersdorf und stellten einen Antrag auf Umbenennung. Grade nach den jüngsten Abgas-Skandalen, so argumentierten sie, sei diese Art der Ehrung unhaltbar. Seit 2015 wurde der Konzern wieder und wieder mit Enthüllungen belastet, Schadstoffwerte gefälscht und in der Folge schwere Schäden für Menschen und Umwelt verursacht zu haben. Vorsichtige Schätzungen gehen von mehr als Tausend verfrühten Toden in den letzten zehn Jahren aus. Weiter wird VW beschuldigt, Steuern zu hinterziehen sowie in seinen Labors grausige Tierversuche an Affen durchzuführen - und trotz dieser verheerenden Bilanz weiterhin utopische Vorstandsbezüge zu beschließen.

Doch auch vor 2015 gab es schon gravierende Gründe, Studierenden keinerlei intellektuelle oder moralische Orientierung am Unternehmen nahezulegen. Ursprung des Konzerns ist die „Deutsche Arbeitsfront" (DAF), der NS-Einheitsverband aller Werktätigen nach Zerschlagung aller Gewerkschaften und Abschaffung des Streikrechts. Der DAF und seine zahlreichen Unterorganisationen sollten durch ein engmaschiges System aus Kontrolle und Begünstigung Unzufriedenheit und antifaschisitische Betätigung unter Lohnarbeitenden verhindern. In diesem Rahmen wurde die Organisation auch mit dem Aufbau einer nach damaligen Maßstäben gigantischen Automobilfabrik beauftragt, in der ein für den Massenverkauf geeignetes Auto – eben jener ‚Volkswagen' oder auch ‚Kraft durch Freude-Wagen' - produziert werden sollte. Die Entwürfe lieferte Ferdinand Porsche.

Im Vergleich zu Frankreich, England und den USA war Deutschland zu diesem Zeitpunkt stark untermotorisiert. Die Propaganda eines Privatautos, das sich nicht nur die Oberschicht leisten konnte, bediente weit verbreitete Sehnsüchte nach verbesserter Freizeitgestaltung, erhöhte Mobilität und Möglichkeit zur Stadtflucht, und wurde als Wohlstandsversprechen integraler Bestandteil der NS-Ideologie. Finanziert wurde das Projekt durch die

konfiszierten Gewerkschaftsvermögen sowie über Voranzahlungen, die dank großangelegter Werbekampagnen Hunderttausende leisteten.

Zur tatsächlichen Lieferung der angepriesenen Familienwagen kam es jedoch nie. Die Produktion wurde mit Kriegsbeginn 1939 komplett auf militärische Fahrzeuge, Flugzeug- und Waffenteile umgestellt. Ein Groß der Arbeit wurde von Zwangsarbeiter.innen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen geleistet; rund 20.000 von ihnen arbeiteten von 1940 bis 1945 im Volkswagenwerk unter grausamen Bedingungen, viele bis zum Tod.

Der vor drei Jahren verstorbene Historiker Hans Mommsen hat 1996 herausragende Recherchen zur nationalsozialistischen Konzerngeschichte veröffentlicht, in die man, wenn man den Zynismus erträgt, in besagter Bibliothek auf Etage 3 unter Signatur NQ 2290 22 reinlesen kann.

Zur Aufarbeitung der Verstrickung in die Verbrechen des Nationalsozialismus kam es spät und partiell: Jahrzehnte lang verweigerte die Konzernspitze Entschädigungszahlungen. Erst 1998, 53 Jahre nach Kriegsende, wurde der öffentliche Druck groß genug, VW zu Entschädigungszahlungen an rund 10% der ehemaligen Opfer zu bewegen.

Konkrete Namensvorschläge zur Umbenennung der Bibliothek wurden in der BVV Charlottenburg nicht diskutiert, Studierende beider Universitäten sollten mit einbezogen werden. Nach einer Prüfung des Ausschusses für Weiterbildung und Kultur wurde der Antrag im Dezember jedoch von der Versammlung abgelehnt – man wolle sich nicht in die Angelegenheiten der Unis einmischen. Doch auch die TU erkennt keinen Handlungsbedarf. „Die TU Berlin beabsichtigt derzeit nicht, an dem Status quo etwas ändern zu wollen“, ließ Pressesprecherin Stefanie Terp universell einsetzbar auf Medienanfragen verlauten.

Den Befürworterinnen der Umbenennung wurde wiederholt vorgeworfen, sie würden nicht erwähnen, wie VW im Jahre 2004 die Ehre der Bibliotheksbenennung zuteil wurde: Nachdem der Bund rund 25 Millionen und die TU selbst 40 Millionen Euro zum Bau beisteuerten, wurde ein letzter Finanzierungsengpass von knapp 5 Millionen Euro von VW übernommen. Ob aus Liebe zur Wissenschaft oder weil das für zielgruppenorientiertes, virales Marketing samt riesiger beleuchteter Werbefläche am Rande der City West über mittlerweile 14 Jahre Laufzeit ein echtes Schnäppchen war? Man wird es nie erfahren.

Forschung und Wissenschaft sollten im Dienste der Menschen stehen. Als TU Berlin haben wir das erkannt; unsere Zivilklausel verbietet militärische Forschung. Für die Studierendenschaft definiert § 18 BerlHG die Aufgabe, „auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung die politische Bildung, das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft ihrer Mitglieder zur aktiven Toleranz sowie zum Eintreten für die Grund- und Menschenrechte zu fördern“. Das Handeln des türkischen Präsidenten Erdogan dieser Tage verstößt gegen diese elementaren Rechte. Als Waffenlieferantin macht sich die Bundesregierung zur Mittäterin. In den Waffen, die an den türkischen Präsidenten geliefert wurden, steckt jede Menge Forschung, auch von Hochschulen der Bundesrepublik. Die Folgen dieser Forschung und dieser Politik für die Gesellschaft, die Menschen und die Natur nicht nur durch Fluchtbewegungen, durch zerstörte Familien, durch die Zerstörung von Infrastruktur sind katastrophal.

In diesem Sinne: Keine Deals mit Erdogan, keine Deals mit anderen Diktatoren.

Projektwerkstatt? Was ist das

Studieren ohne Professor_innen oder wissenschaftliche Assistent_innen, nur mit Tutor_innen, Themen selbst wählen und die Option, am Ende auch eine anrechenbare Studienleistung zu erwerben.

An der TU Berlin kann man das - und zwar in den so genannten „Projektwerkstätten für sozial und ökologisch nützliches Denken und Handeln“

» **Infos: www.tuprojects.tu-berlin.de/**

Neue Projektwerkstatt: Bau einer Microbrauanlage

Ab dem Sommersemester könnt Ihr in dem Modul „Anlagen- und Prozessautomatisierung einer Microbrauanlage“ mit Ise und Vincent gemeinsam eigenes Bier brauen. Natürlich nur, wenn Ihr vorher in dem Modul die passende Brauanlage mitentwickelt. Wir bauen eine möglichst autonome Microbrauanlage, die verschiedene technische, ökologische und ökonomische Ansprüche erfüllen soll. Interesse?

Kommt vorbei zum ersten Kick-Off Meeting am 19.04 um 18:00 Uhr im Raum A134 am Campus Seestraße. Es gibt 15 Plätze, also erscheint pünktlich. Tragt euch bitte außerdem in die folgende Liste ein:

» **https://goo.gl/CHq2X3**

» **Mail: tu-microbrauanlage@outlook.com**

Weitere Projekwerkstätten:

» **50 Jahre "68" - Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Unipolitik**

» **Deutschkurs in der Box**

» **Uni-Gardening**

» **aerolab**

» **BioPower - Kraft aus Bioenergie**

» **Campus in Transition**

» **Hybride Identitäten**

» **Indoor Grow Lab**

» **Internet Reality**

» **No-Image**

» **Space-Rover**

» **TU-BE2AT - Bio Engined Electric AricrafT**

» **Wahrheit und alternative Fakten**

» **Zukunft bauen / 60plus**

Leben im Gefängniss

Im letzten Semester startete an der TU die Projektwerkstatt „Leben im Gefängniss“. Wir haben eine Teilnehmer_in der Projektwerkstatt interviewt, um zu erfahren worum es in der Projektwerkstatt geht und wie eine Projektwerkstatt funktioniert.

Du hast letztes Semester eine studentisch organisierte Projektwerkstatt zum Thema Gefängnis besucht. Worum genau ging es da?

Der Titel des Seminars war „Leben im Gefängnis“. Es ist ein studentisches Projekt, das zwei Jahre lang läuft: jedes Semester gibt es einen anderen Schwerpunkt, dieses Semester war es „Wege ins Gefängnis“. Wir haben uns mit vielen sehr grundlegenden Fragen beschäftigt, zum Beispiel: Was ist eine Straftat? Warum bestrafen wir?

Was ist das Besondere an einem studentischen Projekttutorium?

Zum einen haben wir eine neue Lehrmethode ausprobiert. Wir haben jede Woche Texte vorbereitet und uns Gedanken zu Fragen gemacht, die wir in der Woche davor gemeinsam definiert haben. Das war der Leistungsnachweis für die TU. Dadurch gab es keine Hausarbeit oder Referate. Jede Person hat eine Sitzung geleitet; das heißt nicht, dass sie ein Referat gehalten hat, sondern versucht das Gespräch dieser Sitzung zu lenken. Das hat gut funktioniert. Viel wichtiger war aber, dass die Stimmung insgesamt viel besser war als in normalen Seminaren. Man hatte das Gefühl, alles sagen zu können. Es war nicht wie sonst, dass man sich teils nicht traut, Fragen zu stellen. Es wurde sehr offen miteinander gesprochen und diskutiert, auch und grade weil wir oft auch gegensätzliche Meinungen hatten. Es hat sich eher wie eine normale Unterhaltung angefühlt und nicht wie eine wissenschaftliche Diskussion, was ja dann auch meistens nur eine pseudowissenschaftliche Diskussion ist.

Was für Leute haben das Seminar besucht?

Die meisten waren aus den Geisteswissenschaften, aber es gab auch zwei, drei, die haben Maschinenbau studiert. Die Leute waren vielfach nicht nur da, weil sie es für ihren Studienverlauf brauchen, sondern weil es sie einfach interessiert hat.

Hat es funktioniert hier einen gemeinsamen Ansatz zu finden?

Ja, das hat gut funktioniert. Was ich vor allem interessant fand, war zu sehen, wie eine Gruppe über dieses Thema diskutiert. Einige waren natürlich der Meinung, dass alle Straftäter weggesperrt gehören. Natürlich haben auch manche den Knast verdient. Ganz klar, wenn man jemanden vergewaltigt zum Beispiel muss man bestraft werden. Aber wenn das alles hundert prozentig akzeptiert wird, was im Gefängnis passiert, finde ich es schwierig. Oft war bei manchen der Gedanke nicht da, dass die eigene Vorstellung von Gerechtigkeit sich nicht immer mit der staatlichen Form von Gerechtigkeit deckt. Das hat die meisten Diskussionen hervor gerufen. Manchmal war die Diskussion auch ein bisschen flach. Aber das hat sich schnell geändert nach unserer Exkursion in die JVA Tegel.

Was war das für eine Exkursion?

Wir haben eine Führung durch die JVA Tegel bekommen. Das war interessant aber auch beklemmend. Tegel ist ja sehr groß. Das Gefängnis besteht aus fünf oder sechs Teilanstalten. Die älteste Teilanstalt ist von 1870 oder so und erinnert an einen Kerker, genau wie man es sich in einem Horrorfilm vorstellt. Manche von diesen Zellen sind noch in Betrieb. Dagegen sehen die modernen Teile eher aus wie eine Jugendherberge mit Gemeinschaftsraum, Teeküche und so weiter. Es kommt also auch im Knast darauf an, wo man sitzt.

Wovon hängt das ab?

Wir wissen leider nicht genau, wie die Gefangenen innerhalb des Gefängnisses eingeteilt werden. Aber es gibt auch im Gefängnis eigene Straforte. Wenn man im Gefängnis beim Drogenhandel erwischt wird, dann kommt man anscheinend beispielsweise in einen Teil, der komplett abgeschottet ist. Man merkt bei einem Besuch, dass die JVA Tegel kein Ort ist, der historisch dort hingehört, sondern der jeden Tag von den Leuten dort konstruiert wird. Einige dürfen rein und raus, andere nicht. Die einen haben die Macht und die anderen halten sich daran, weil sie sonst bestraft werden. Daran merkt man, dass die ganze Gesellschaft nur funktioniert, weil eben alle mitmachen.

Warum hast du das Seminar besucht?

Ich hab mich schon vorher viel mit Gefängnis auseinandergesetzt, aber das Gute war, sich mehr mit dem Alltag der Insassen zu beschäftigen, das Gefängnis wirklich mal zu sehen und auch mit Gefangen bzw. Ex Gefangen zu reden. Zum Beispiel kam eine Person ins Seminar, die sich im offenen Vollzug befindet. Also tagsüber in die Uni geht und nachts zurück in den Knast muss. Eine andere Person, die uns besucht hat, hat uns viel über rassistische Praktiken im Gefängnis erzählt.

In welchem Rahmen hast du dich vorher mit Gefängnis auseinander gesetzt?

Ich habe Bekannte, die sich auf einen Gefängnisaufenthalt vorbereitet haben. Man wird ja nicht sofort abgeholt, sondern hat teilweise bis zu einem Jahr Zeit, bis man die Haft antreten muss. Das war eine wichtige Erfahrung für mich. Außerdem ist ja die Frage, wie wollen wir leben und was machen wir mit den Leuten, die nicht so leben wollen wie wir, ein wichtiges Thema. Aber ich glaube, da gibt es keine gute Antwort drauf. In der heutigen Gesellschaft eine gute Bestrafungsmethode zu finden, stelle ich mir fast unmöglich vor.

Was für eine Kritik an Gefängnis habt ihr im Seminar formuliert?

Wir haben oft darüber geredet, dass Gefängnis an sich, obwohl es ja eigentlich die Menschen wieder eingliedern soll, genau das Gegenteil bewirkt. Zum Beispiel kommt man mit einem hohen Schuldenberg raus, weil man arbeiten muss, aber kaum Geld dafür kriegt und meistens ja auf den Prozesskosten sitzen bleibt. Meine Position war dann immer, wie wäre es denn, wenn man alle Leute auf eine gute Schule schickt statt ins Gefängnis. Ein anderer Kritikpunkt ist die medizinische Versorgung im Gefängnis, die sehr prekär ist. Knast macht krank. Nachts ist zum Beispiel kein Arzt da. Oder wenn man am Wochenende krank wird, dann hat man halt Pech gehabt.

Was hast du aus dem Seminar mitgenommen?

Ich habe mir das Leben im Gefängnis ganz anders vorgestellt. Vor allem die Unterschiede in der Unterbringung innerhalb eines Gefängnisses haben mich überrascht. Entweder man lebt quasi in einem Kerker oder in einer Art Wohngruppe. Es gibt beide Extreme in Tegel. Ich habe außerdem angefangen den Lichtblick zu lesen, das ist eine Zeitung, die die Gefangenen aus Tegel selber rausbringen. Es ist eine Gefangenenzeitschrift, die hauptsächlich von Männern gemacht und gelesen wird, das muss man mit bedenken. Aber die Themen sind trotzdem sehr spannend.

Der Lichtblick

Die Gefangenenzeitschrift „der Lichtblick“ ist die auflagenstärkste und am längsten durchgängig existierende Gefangenenzeitschrift Deutschlands -seit 1968- und wird von Gefangenen aus der JVA Tegel veröffentlicht.Das Projekt versteht sich als Sprachrohr der Gefangenen, gewährt Blicke über hohe Mauer und durch verriegelte Türen, macht auf Missstände aufmerksam und kämpt für einen humanen, sozialstaatlichen und wissensbasierten Strafvollzug.

Ab sofort könnt ihr sie auch im AStA lesen.

» **http://www.lichtblick-zeitung.de/**

Ratgeber: „Wege durch den Knast“

„Wege durch den Knast“ ist ein Ratgeber, der sich der Überwindung der Isolation Gefangener durch Bildung und Information verschrieben hat. Es ist ein Gemeinschaftsprojekt, das von Gefangenen, Ex-Gefangenen und Nicht-Gefangenen gemeinsam entwickelt wurde.

Der Empfang des Buches ist für Gefangene in Berlin aktuell noch untersagt, da die Justiz darin eine Gefährdung für die „Sicherheit und Ordnung“ der Anstalten sieht und Gefangene dadurch ermuntert werden, ihre Rechte wahrzunehmen.

Ein Lese-Exemplar findet ihr in der AStA-Bibliothek.

» **http://wegedurchdenknast.de/**

»

Freiabos für Gefangene e.V.

Die meisten Gefangenen können sich ein Zeitungsabonnement nicht leisten. Das Internet als alternative Informationsquelle scheidet aus, da es im Gefängnis nur in Ausnahmefällen gestattet ist. Mit seiner kostenlosen Zeitungsvermittlung verringert Freiabonnements für Gefangene e.V. diese Versorgungslücke und leistet einen wichtigen Beitrag für die Informationsversorgung der Haftanstalten.

Falls Ihr Gefangene durch Freiabo's unterstützen wollt, schaut auf:

» **https://freiabos.de/**

Plenum vom CDR - Gràcia (Barcelona)

Was ist los in Katalonien?

ZUR ENTWICKLUNG DER KATALANISCHEN REVOLUTION UND DEM POLITISCHEN KONFLIKT IN SPANIEN *TEXT: PEPA VILLAMAYOR*

Vor ein paar Monaten fast nicht mehr da, heute wieder überall. Der politische Konflikt zwischen Spanien und Katalonien hat aufgrund des Gerichtsverfahrens gegen den bisherigen Präsidenten Carles Puigdemont in Deutschland wieder stark an Medienresonanz gewonnen. Doch die Entwicklung der Unabhängigkeitsbewegung ist seit dem umstrittenen Votum im Oktober 2017 von den deutschen Medien vernachlässigt worden. Wie hat sich die politische Lage in Katalonien weiterentwickelt? Was ist nach dem Referendum am 1.Oktober geschehen? Gibt es in Spanien politische Gefangene?

Katalonien widersetzte sich am 1. Oktober des letzten Jahres dem Verbot der Justiz und hielt gegen den Willen der Zentralregierung ein Referendum über die Abspaltung der Region von Spanien ab. Die schaurigen Aufnahmen der spanischen National-Polizei sowie der paramilitärischen Guardia Civil, welche mit Gewalt gegen die Wähler*innen vorgingen, brachte den spanischen Staat ins Zwielicht. Die Staatsmacht feuerte mit Gummigeschossen auf Katalan*innen und hinterließ 1066 Verletzte an dem durch Bürgerbeteiligung von unten organisierten Wahltag.

Tatsächlich waren die Bürger*innen diejenigen, welche die Wahlurnen und Zettel in ihren Haushalten verbargen, um ihre Beschlagnahmung zu verhindern. Darüber hinaus übernachteten sie in den Tagen vor dem Referendum in den Wahllokalen, um das Eingreifen der Polizei zu vereiteln. Das Ergebnis: 2.044.038 Stimmen für die Abspaltung (117.547 dagegen), bei einer Wahlbeteiligung von 43%. Auf der anderen Seite: Die Repression des spanischen Staates, welcher unfähig und unwillig ist, eine friedliche Antwort auf einen seit Jahren bestehenden politischen Konflikt zu finden. Nun stellt sich die Frage: Wie ist die katalanische Politik in diese Situation gekommen und wann sind die Unabhängigkeitsbestrebungen entstanden?

Ursprung und Geschichte

Die katalanische Unabhängigkeitsbewegung entstand in den 80er Jahren aufgrund der umstrittenen Übergangsphase vom Frankismus zur spanischen Demokratie. Bei der heutigen Mobilisierung handelt es sich um eine sehr vielfältige und horizontale Initiative, welche erst ab dem Jahr 2010 signifikant an Unterstützung gewann. Der Auslöser: Das Urteil des spanischen Verfassungsgerichts zum Autonomiestatut[1] (2010), welches daraufhin entgegen des Votums der Katalan*innen und der Verabschiedung durch das spanische Nationalparlament zusammengestrichen wurde. Diese Situation führte zu einem neuen Kapitel der katalanischen Politik: Die Abspaltung wird seitdem von einem Teil der katalanischen Bevölkerung als das einzige „attraktive Zukunftsprojekt" wahrgenommen. So hat die Unterstützung der Unabhängigkeit von 13.6% (2005) bis zu 48.7% zugenommen (2017)[2]; dazu sind unterschiedliche außerparlamentarische sowie von unten organisierte Plattformen zum Aufbau einer katalanischen Republik entstanden. Das Verbot der von der katalanischen Regionalregierung vorangetriebenen Sozialmaßnahmen, die Ablehnung der spanischen Monarchie sowie der autoritären Strukturen eines Staates, welcher den Frankismus größtenteils nicht überwunden hat, haben zum Erstarken einer sozialen Bewegung geführt, welche die Konstruktion einer gerechteren Sozialrepublik zum Ziel hat.

Nach dem 1.Oktober

Der Erste Oktober war nur der Anfang einer langen Periode politischer Begebenheiten. Auf den Straßen führte die Empörung der Katalan*innen aufgrund der Repression zu zwei Generalstreiks[3]. Auf politischer Ebene gab es sukzessive ausschlaggebende Ereignisse. Am 27. Oktober 2017, nachdem das katalanische Parlament die Unabhängigkeit ausgerufen hatte, verabschiedete der spanische Senat die Umsetzung des Artikels 155 der spanischen Verfassung, zur Suspendierung der Autonomen Region

Polizeigewalt beim Referendum am 1.Oktober 2017

Katalonien. Als nächstes berief die spanische Regierung Regionalwahlen für den 21. Dezember ein, welche erneut zu einer absoluten Mehrheit der Pro-Unabhängigkeitsparteien im katalanischen Parlament führten. Schon im Oktober wurden die Vorsitzenden der Katalanischen Nationalversammlung (ANC), Jordi Sànchez, und der Kulturorganisation Òmnium, Jordi Cuixart – die Organisationen sind die treibenden Kräfte der katalanischen Zivilgesellschaft – verhaftet. Ihnen wird u.a. „Aufstand gegen die Einheit des Staates" vorgeworfen. Auch die Inhaftierung von acht Regierungsmitgliedern, die das Referendum ermöglicht haben sollen, brachten das Demokratiedefizit Spaniens zum Ausdruck. Oriol Junqueras (kat. Vizepräsident), Joaquim Forn (kat. Innenminister) und die beiden Jordis, sitzen seitdem im Knast.

Und jetzt?

Ungewissheit. Trotz der absoluten Mehrheit der Unabhängigkeitsparteien im katalanischen Parlament scheint die Regierungsbildung unmöglich zu sein. Die Repression des spanischen Staates hat die Aktionsfähigkeit der separatistischen Parteien mit der Anschuldigung von Hunderten von Politiker*innen blockiert. Die Inhaftierung von fünf weiteren Abgeordneten am 23. März sowie der Gang ins Exil, um trotz der Repression des Staates handlungsfähig zu bleiben, von sieben Politiker*innen, darunter Präsident Carles Puigdemont und die Sprecherin der links-antikapitalistischen Partei CUP[4] Anna Gabriel, haben die Situation erschwert. Besonders aufgrund des Auslieferungsverfahrens des katalanischen Ex-Regierungschefs Puigdemont in der BRD hat die Unabhängigkeitsbewegung hier zu lande wieder an Medienpräsenz gewonnen. Der 55-Jährige wurde am 6. April nach zwölf Tagen Untersuchungshaft unter Auflagen aus der Justizvollzugsanstalt in Neumünster entlassen. Das Oberlandesgericht Schleswig entschied gegen eine Auslieferung des demokratisch ausgewählten Politikers an Spanien wegen „Rebellion". In Betracht komme jetzt nur eine Auslieferung wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder, weswegen er Deutschland vorläufig nicht verlassen darf.

Parallel dazu setzt sich eine starke Bürgerorganisation fort: Die sogenannten CDRs[5] organisieren sich in den Stadtvierteln, Dörfern sowie in diversen Städten außerhalb Kataloniens von unten, um die Inhaftierung von politischen Vertreter*innen anzuklagen. Und die EU? Sie schaut weg, von Anfang an, bis heute: Weder die Polizeigewalt noch die Gefangennahme gewählter Politiker*innen und Aktivist*innen haben die Alarmglocken läuten lassen. Das Demokratiedefizit in Spanien, welches sich keineswegs nur in Katalonien zeigt, scheint für Europa unsichtbar zu sein. Angesichts dessen sollten wir uns die Frage stellen: Handelt es sich beim katalanischen Konflikt um eine interne Angelegenheit Spaniens oder doch um einen Angriff auf die Werte der europäischen Zivilgesellschaften oder sogar auf die Menschenrechte?

Europäische Haftbefehle verhindern Diskussionsabend an der TU Berlin

Aufgrund der sich regelmäßig verändernden Situation ist es derzeit schwierig eine größere Informations- und Diskussionsveranstaltung an der TU- Berlin durch zuführen. Aktuell planen wir eine Veranstaltung für den 15.Mai, welche sich mit den Frauen in der Unabhängigkeitsbewegung beschäftigen soll. Für die Veranstaltung hatten wir Zusagen von: Carme Forcadell (ehem. Parlarmentspräsidentin), Clara Ponsatti (ehem. Bildungsministerin), Marta Rovira (Generalsekräterin der republikanischen Linken, ERC), Anna Gabriel (Sprecherin der CUP) und Marie Kapretz (ehem. Botschafterin in Berlin)

Leider liegen mittlerweile gegen 4 von Ihnen europäische Haftbefehle wegen des Vorwurfs der „Rebellion" vor, sodass nicht damit zu rechnen ist das sie ihre sicheren Exile verlassen werden.

Wir wünschen ihnen viel Kraft und werden uns ein anderes tolles Veranstaltungskonzept überlegen.

Achtet auf Ankündigungen!

euer AStA

1) Das Autonomiestatut bildet die Grundlage der Rechtsordnung der Autonomen Region Katalonien. Es wird in Artikel 147 der spanischen Verfassung anerkannt und regelt die Rechte und Pflichten der katalanischen politischen Institutionen, deren Zuständigkeiten und Beziehungen zum spanischen Staat.
2) Daten: Centre d'Estudis d'Opinió de la Generalitat de Catalunya (2005-2017)
3) Diese fanden am 3.10.2017 und am 8.11.2017 statt
4) Candidatura d'Unitat Popular (Kandidatur der Vereinten Bevölkerung)
5) Comité per la defensa de la República (Komitee zur Verteidigung der katalanischen Republik)

Das AStA-Info

Das AStA-Info wird semesterweise herausgegeben vom Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) der Technischen Universität Berlin, vertreten durch den*die Vorsitzende*n. Die Gestaltung erfolgt durch das Öffentlichkeitsreferat.

Die Artikel geben nicht zwingend die Meinung des AStA oder gar der ganzen Studierendenschaft wieder. Die Bildrechte verbleiben bei den Fotograf*innen.

Wenn ihr Artikel fürs nächste AStA-Info schreiben wollt, Anregungen oder Kritik habt, meldet euch beim Öffentlichkeitsreferat des AStA!

» **asta.tu-berlin.de/asta/oeffref**

Anschrift

» **AStA TU Berlin (Sekr. TK 2)**
Straße des 17. Juni 135
10623 Berlin

Web

» **presse@asta.tu-berlin.de**
» **astatu.berlin**
» **twitter.com/astatu**

Diese Ausgabe

» **Redaktionsschluss: April 2018**
» **Drucklegung: 12.April 2018**
» **Druck: Dreigroschen Druck**
» **Auflage: 1500 Stück**
» **Umsetzung: Öffentlichkeitsreferat**
» **Dank an: Charly, Daniel, Gabriel, Isa, Krischan, Leo, Lion, Maja, Meret, Pablo, Pepa, Reinhard und all die anderen**

Leftist Cinema

EINE KRITSCHE FILMREIHE DER LINKEN LISTE

Konsumieren kann jeder. Mit der Filmreihe Leftist Cinema wollen wir einen Raum schaffen in dem wir gemütlich bei einandersitzen können und uns im Anschluss über die Eindrücke und Inhalte der Filme austauschen.

Für dieses Semester haben wir mit „Memoria Viva“ einen Film ausgewählt, der versucht die historischen Kämpfe der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen anhand von Zeitzeug*innen-Gesprächen zu reflektieren. Auch unser zweiter Film „Pride“ beschäftigt sich mit Arbeitskämpfen, jedoch stellt er die schwul-lesbische Unterstützung für die streikenden englischen Minenarbeiter in den Vordergrund und beleuchtet so die Herausforderungen und Möglichkeiten, die diese ungewöhnliche Allianz für die Kämpfe um Gleichberechtigung und Arbeitsbedinungen im England der 80er-Jahre mit sich gebracht hat.

In der zweiten Hälfte des Semesters versuchen wir uns auf verschiede Weisen mit dem Thema „Flucht“ zu beschäftigen, dafür zeigen wir an einem Abend mehrere Kurzfilme.

Zum Abschluss zeigen wir den preisgekrönten Film „Do not Resist“, der sich anhand der Ereignisse in Fergusson 2014, mit der zunehmenden Militarisierung der us-amerikanischen Polizei auseinandersetzt. Die Proteste begannen, nachdem ein unbewaffneter schwarzer Jugendlicher von einem weißen Polizisten erschossen wurde.

» **18.04. | 18 Uhr | Memoria viva**
» **16.05. | 18 Uhr | Pride**
» **20.06. | 18 Uhr | Kurzfilmabend: "Auf der Flucht"**
» **08.07. | 18 Uhr | Do not resist**

Alle Filme werden im AStA-Plenarium gezeigt, bei gutem Wetter draußen.

» **Infos: lili-tu.org**

SAVE THE DATE:

AStA- und Ini Sommerfest am 16.Juni

Auch dieses Jahr wird es das AStA & Ini-Sommerfest auf den Wiesen hinter dem Hauptgebäude geben. Das Sommerfest wird zusammen vom AStA und den Studentischen Initiativen der TU Berlin am 16.6.2018 veranstaltet. Dabei gestalten die verschiedenen Inis einen Stand, an dem es von Informationen über die Ini, aktuelle Projekte, Spiel und Spaß sowie Essen und Getränke geben. Wie auch in der Vergangenheit soll auch dieses Sommerfest vegetarisch werden.

Neben den Ständen wird es eine Bühne mit musikalischem Programm von voraussichtlich 5 Bands. Diese und alle weiteren Information werden auf der AStA Webseite (https://asta.tu-berlin.de/sommerfest2018) und der Facebook-Seite (https://facebook.com/astatuberlin) folgen.

Wir freuen uns darauf mit euch und euren Freund*innen einen schönen Tag zu feiern.

Ein Nachruf auf Peter Schewe

TEXT: REINHARD KISCHKEL

Peter studierte zunächst Architektur an der damaligen TFH Berlin (heute "Beuth Hochschule für Technik"). Nach dem FH-Abschluss kam er zur TU Berlin und begann ein Studium der Stadt- und Regionalplanung. Das war damals eine sehr politische Entscheidung: Stadt- und Regionalplanung als eigenständige Wissenschaftsdisziplin war etwas noch ziemlich Neues, das Institut war noch ganz jung, ebenso der Studiengang, es arbeiteten als Dozent*innen und im Mittelbau manche aus der "kritischen Masse" der 68er. Es gab eine enorme Aufbruchsstimmung, den Versuch, linke Handlungsansätze in der Entwicklung von Stadt und Land zu finden. So startete auch Peter Schewe, und er engagierte sich hochschulpolitisch. Da es in der Folge des westberliner Uni-gesetzes von 1969 keine Verfasste Studierendenschaft (StuPA, AStA, Gremienstudis) an der TU mehr gab und auch die in der Nachfolge des letzten AStA auf Weisung des neuen Präsidenten vorübergehend gebildeten vier (rest-) Referate nicht mehr lange hielten, musste was anderes her. Das tatsächlich viertelparitätisch besetzte Konzil, welches fast 100 Mitglieder hatte und den Präsidenten und die Vizepräsidenten wählte, deren Rechenschaftsberichte abstimmte und einmal auch einen Präsidenten wieder abwählte, brachte die verschiedensten hochschulpolitischen Strömungen in einen Sitzungsraum und war eine gute Plattform, Studierendeninteressen auf einem Unitop-Level zu koordinieren und gezielt zu vertreten. Das Konzil bzw. die "studentischen Mitglieder" richteten zwei Beauftragtenstellen ein, und Peter wurde "Beauftragter für die besonderen sozialen Probleme der TU-Studenten", Ghassem Mirzai-Kordmahalleh wurde "Beauftragter für die allgemeinen sozialen Probleme der ausländischen Studenten". Peter und Ghassem hatten jede Menge zu tun (Sie bekamen übrigens das Zimmer H2134 für ihre Arbeit, dort residiert heute ein Teil des Semestertickt-Büros), und sie taten vieles von dem, was vor 1969 und seit 1981 wieder die Organe der verfassten Studierendenschaft tun.

Peter schloss sein Studium nicht so bald ab, aber er absolvierte es, übrigens mit hervorragendem Erfolg, und er war auch nach dem Ende seiner Beauftragten-Funktion engagierter Hochschulpolitiker. Er setzte sein Wissen und seine Erfahrungen in seiner Umgebung ein, unterstützte die nächste Studierendengeneration dabei, sich unter immer schwieriger werden Bedingungen zu organisieren und zu engagieren. Peter gründete mit einigen Freunden den Verlag für Ausbildung und Studium (VAS). Die am weitesten verbreitete Publikation war der fast jährlich neu erscheinende "Sozialkompress" (für Westberlin) und der "Sozialkompass" (für die Bundesrepublik Deutschland); beides waren umfassende Leitfäden für Studierende durch den Sozialdschungel. Die deutsche Nationalbibliothek weist 36 VAS-Titel nach, die aus vielen Wissenschaftsbereichen kommen und an denen über 60 VerfasserInnen beteiligt waren.

Letztlich verließ Peter jedoch die TU und ging ins Geschäftsleben. Bis zu seinem Tod konnte man ihn im Büro Brueckner+Schewe erreichen, das 1991 gegründet worden war. Brueckner+Schewe arbeitet –wie könnte es anders sein– engagiert in der Berliner Stadtsanierung.

Peter starb am 7. 12. 2017 im Alter von 70 Jahren wegen schrecklichen Mangels an Gesundheit.

In der TU Berlin sollte man ihn in den gezeigten Zusammenhängen in Erinnerung behalten.

TERMINE:

16.04. Montag

16.00 | Campus Kreuzung | Campusrundgang

17.04 Dienstag

16:00 | AStA | Graffiti Workshop

18.04 Mittwoch

14.00 | AStA-Bib | Sektempfang

16:30 | AStA |
Offenes Plenum der Linken Liste

18:00 | AStA | Film „Memoria viva“

19.04 Donnerstag

16:00 | AStA | Beratungsinputs zu Wohngeld und Prüfungsrecht

18:00 | Campus Kreuzung | Trinken mit Linken

20.04. Freitag

15:00 | Leopoldplatz | Stadtspaziergang

16.05. | 18Uhr | AStA |
Leftist Cinema: Pride

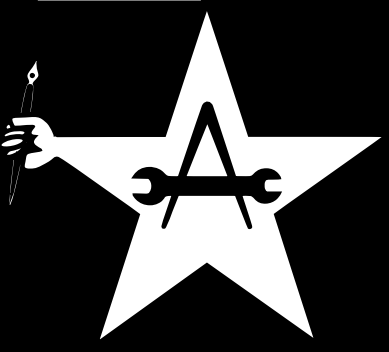
07.06. | Achtet auf Aushänge
Wahlen zum Kuratorium

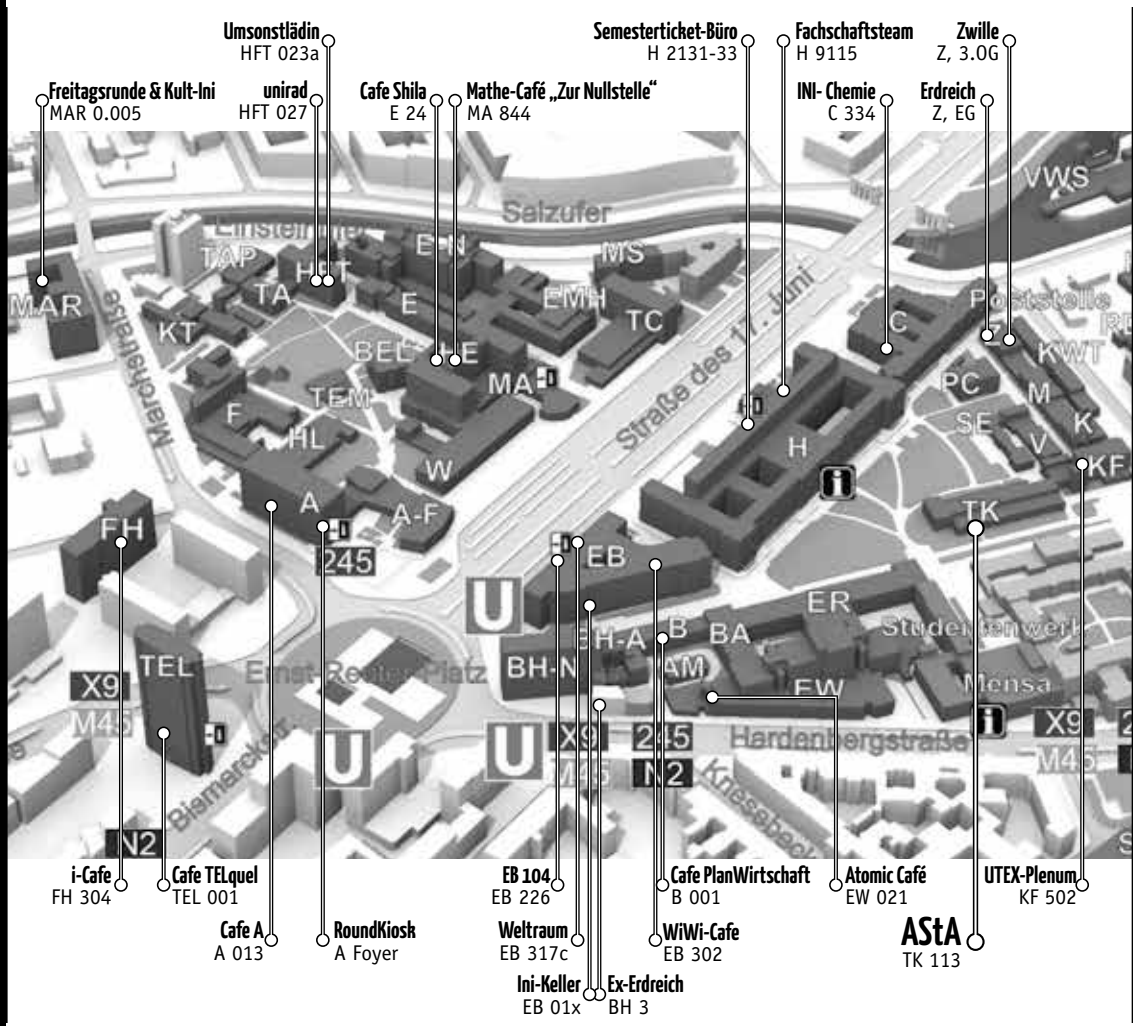
16.06. | 16 Uhr | hinterm C-Gebäude
AStA- und Ini Sommerfest

20.06. | 18Uhr | AStA
Kurzfilmabend: Auf der Flucht

08.07. | 18Uhr | AStA
Leftist Cinema: Do not resist

noch nicht terminiert:
StuPa-Wahlen





ASTA TU BERLIN

Straße des 17. Juni 135 • 10623 Berlin
TK-Gebäude • Sekretariat TK 2

Aktuelle Öffnungszeiten unter
asta.tu-berlin.de/service

Büro-Anlaufpunkt
+4930 314-25683 • **buero@asta.tu-berlin.de**

Finanzierung
• **finanzreferat@asta.tu-berlin.de**

Technikpool
+4930 314-29099 • **technikpool@asta.tu-berlin.de**

Bibliothek
bibliothek@asta.tu-berlin.de

Bafög- und Sozialberatung
+4930 314-27482 • **sozialberatung@asta.tu-berlin.de**

Hochschulberatung
+4930 314-23960 • **hochschulberatung@asta.tu-berlin.de**

Beratung für internationale Studierende
+4930 314-27482 • **stud-int@asta.tu-berlin.de**

Semesterticket-Büro
TU-Hauptgebäude, Räume H 2131-33
+4930 314-28038 • **asta.tu-berlin.de/semtix**

Immer aktuell: www.**astatu.berlin**
twitter.com/astatu | facebook.com/astatu.berlin